

Vorwärts

5 Pfennig

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis: 3,00 RM. monatlich 1,00 RM.
wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus.
Einzeln: Nummer 5 Pf. Sonntags-
nummer mit Aufmerksamkeits-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Son-
ntagsnummer: 1,30 RM. pro Monat.
Eingetragen in die Post-Zensur-
verzeichnisse. Unser Anzeigenteil für
Deutschland und Österreich-Ungarn
2,50 RM. für das übrige Ausland
4 RM. pro Monat. Postabonnements
nehmen an Belgien, Dänemark,
Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst. 1914.

Berliner Volksblatt.

N O S W Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonnabend, den 18. November 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Neutrale Vermittlungsversuche?

Vergebliche feindliche Angriffe bei Beaucourt und Saillifel. — Russischer Widerstand im Ghergho-Gebirge. — Einbruch in die Predeal-Stellung. — Rumänische Franktireurs.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 17. November 1916. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Auf beiden Somme-Üfern kam es zu zeitweilig sehr starkem Artilleriekampf.

Gegen Abend erfolgte ein englischer Angriff bei Beaucourt, dessen Vorbereitungsfeuer auch auf das südliche Ancre-Ufer übergriff. Er scheiterte ebenso wie ein Nachtangriff westlich von Le Sars.

Am Wege Hiers-Thillois wurden durch das Garde-Grenadier-Regiment Nr. 5 bei Säuberung eines Engländernestes 5 Maschinengewehre erbeutet.

Französische Vorstöße beiderseits von Sailly-Saillifel brachten dem Angreifer keinerlei Vorteil.

Am Tage und während der Nacht war die beiderseitige Fliegertätigkeit reg.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Die Gefechtsintensität zwischen Meer und Karpathen blieb gering.

Front des Generalobersten Erzherzog Carl.

Im Ghergho-Gebirge, auf den Höhen östlich des Putna-Tales, leistet der Russe unseren Angriffen zähen Widerstand.

Au der Grenze östlich von Rezdivasfahely wurde von dem dort bewährten bayerischen Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 19 der Gipfel des Runcul Nr. im Sturm genommen und gegen starke Angriffe behauptet.

Westlich der Predeal-Straße brachen deutsche und österreichisch-ungarische Truppen in die rumänische Stellung ein.

Die unter dem Befehl des Generalleutnants Krafft von Delvaengen südlich des Roten Turm-Passes vordringenden Truppen konnten als Ergebnis ihrer gestrigen Kämpfe wieder 10 Offiziere und über 1500 Mann als Gefangene zurückführen. An anderen Stellen der siebenbürgischen Front wurden außerdem über 650 Rumänen gefangen und 12 Maschinengewehre erbeutet.

Nach Meldung der Truppen beteiligt sich die rumänische Bevölkerung am Kampf.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Bei Silistria lebhafteres Artilleriefener als in den Vortagen.

Mazedonische Front.

Zwischen Malis- und Prespa-See, am Westrand der Ebene von Monastir und an den Höhen nordöstlich von Cegel (im Cerna-Bogen) sind neue starke Angriffe der Entente-Truppen zurückgewiesen worden.

Der Erste Generalquartiermeister, Ludendorff.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 17. November. (W. Z. B.)

An West- und Ostfront keine großen Kampfhandlungen. Unserem Vordringen in der Walachei leistet, wie Truppen erneut melden, die rumänische Zivilbevölkerung bewaffnet Widerstand.

An mazedonischer Front sind weitere Angriffe der Entente-Truppen gescheitert.

Der österreichische Bericht.

Wien, 17. November 1916. (W. Z. B.) Amtlich wird verkündet:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Generalobersten Erzherzog Carl.

Westlich der Predeal-Straße durchbrachen österreichisch-ungarische und deutsche Kräfte die feindlichen Linien. Auch sonst ist die Lage in der nördlichen Walachei durchweg günstig; es wurden dort gestern wieder insgesamt mehr als 2000 Gefangene eingebracht.

Bei Sodomész gewannen Bayern den Runcul Mare. Der Kampf um die Höhen südöstlich des Töghed-Passes dauert an.

In den Waldkarpathen stellenweise erhöhte Tätigkeit der russischen Artillerie.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Nichts Neues.

Italienischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Döcker, Feldmarschallleutnant.

Sich nicht entmutigen lassen!

In Basel, das die letzte große Friedenskundgebung des internationalen Sozialismus vor dem Kriege erlebte, ist gestern aus der Druckerei der „Nationalzeitung“ folgendes Extrablatt der Hoffnung ausgelagert:

„Wie wir aus unabhängiger diplomatischer Quelle zuverlässig erfahren, soll gegenwärtig wirklich ein vorbereitender Schritt zu einer Friedensvermittlung von den neutralen Staaten geplant sein. Die Regierung von Washington soll sich bereit erklärt haben, auf die Einberufung einer Konferenz entweder in Nordamerika oder in einem neutralen Lande Europas hinzuwirken. Die kriegsführenden Mächte sollen eingeladen werden, bei dieser Gelegenheit ihre Friedensbedingungen zu formulieren, worauf diese der Gegenpartei zur Prüfung und Erörterung übermittelt werden. Die neutralen Staaten, die an der Konferenz teilnehmen, würden versuchen, einen Ausgleich der Meinungsverschiedenheiten anzubahnen. Es soll gegenwärtig zwischen verschiedenen neutralen Regierungen ein Meinungsaustausch über diesen Schritt stattfinden. Die kriegsführenden Staaten hätten sich unter allen Umständen den Vorschlag eines Waffenstillstandes während dieser Ausgleichsverhandlungen verboten. Sobald aber ein Anhaltspunkt erreicht sei und die Mächte sich einigermaßen verständigt hätten, werde ein Waffenstillstand eintreten. Deutschland soll sich bereit erklärt haben, Belgien zu räumen und dessen Wiederherstellung als Staatseinheit zu garantieren, unter der Bedingung, daß gewisse Neutrale sich Deutschland gegenüber verbürgen, daß Belgien in Zukunft eine wohlwollende und von jedem ausländischen Einflusse freie Politik gegenüber dem Deutschen Reiche führen werde. Auch sämtliche von den Deutschen besetzte Gebiete Frankreichs sollen unter gewissen Zugeständnissen in den Kolonien geräumt werden. Wie man vermutet, werde das Kolonialprogramm am schwierigsten zu lösen sein. Man erwartet gerade in bezug auf diesen Punkt schwierige Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Deutschland.“

Das Baseler Blatt sagt zu dieser Meldung: „Unter allen Friedensmeldungen ist diese die ernsthafteste. Wilsons Wiederwahl hat die bereits früher angebahnten Versuche sofort wieder aufleben lassen. Dennoch darf man sich darüber nicht täuschen, daß sehr starke und mächtige Einflüsse Wilsons Plan und der Einmischung der Neutrale entgegenwirken. Sollte es den Anstrengungen der neutralen Vermittler, die gegenwärtig teilweise mit fieberhafter Geschäftigkeit auf Friedensreisen arbeiten und sehr umfangreiche Denkschriften den Kriegsgegnern übermitteln, nicht gelingen, die Kriegsstimmung zu überwinden, so ist wohl eine spätere Ablehnung unserer Friedensnachricht zu gewärtigen. Wir betonen deshalb nochmals, daß hier unbestimmte und über jeden Zweifel erhabene Tatsachen zugrunde liegen.“

Verschiedene Berliner Abendblätter melden, daß an amtlichen Stellen nichts von dieser Angelegenheit bekannt sei. Was die Regierung dazu zu sagen hat, hat sie ja schon in öffentlicher Rede gesagt.

Sicher ist nur, daß der Kampf um den Frieden in einen neuen Brennpunkt seiner Entwicklung getreten ist. Neben der seitlichen Schichtung, die die Nationen feindlich voneinander spaltet, tritt eine wagerechte in Erscheinung, die die Völker selbst in Kriegs- und Friedensparteien trennt. Das Kräfteverhältnis der beiden Lager ist in den verschiedenen Ländern verschieden, überall aber machen die Gruppen, die aus der Fortsetzung des Krieges einen Vorteil für ihr Land erwarten, die stärksten Anstrengungen, um dem Schwungrad der großen Vernichtungsmaschine über den drohenden toten Punkt hinwegzuhelfen.

Als einen Versuch der Stimmungsmache muß man die folgende Neutermeldung betrachten:

London, 17. November. (W. Z. B.) Die parlamentarischen Mitarbeiter der Blätter weisen darauf hin, daß das Charakteristische an der gestrigen Verhandlung im Unterhause die allgemeine Annahme gewesen sei, daß der Krieg noch lange dauern werde. Besonders Sir John Simon habe die Tatsache betont, daß es die stärkste Seite Großbritanniens sei, bis zum Ende auszuhalten.

Es mag richtig sein, daß die Friedensstimmung in England noch schwächer ist als in anderen Ländern. Aber ihre Anfänge sind da, und sie kann sich nach einer längeren oder kürzeren Reihe von Enttäuschungen mit elementarer Gewalt Bahn brechen.

Die Engländer behaupten, sie hätten zum Schutze Belgiens zum Schwert gegriffen. Mögen auch sie erfahren, wie Belgier selbst über die Notwendigkeit eines noch längeren Krieges denken! Wir erhalten soeben aus Amsterdam folgende Nachricht:

Amsterdam, 17. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Gysmans „Socialiste Belgie“ schreibt: Die Reden Bethmans und Kalthofs bedeuten unbestreitbar einen Schritt dem Frieden entgegen. Nachdem Bethman die Annexion Belgiens ablehnte und Schiedsgerichte annahm, sehen wir nicht ein, daß hier keine Materie für fruchtbare Verhandlungen gegeben sein soll. Das Kolonialproblem ist nicht unlösbar, im Gegenteil erscheint ihre Lösung verhältnismäßig leicht. Die Hauptfrage der Schiedsgerichte erscheint uns immer wichtiger als die Frage der Grenzberichtigungen.

Fliegerbomben auf München.

München, 17. November. (W. Z. B.) Amtlich. Das Kriegsministerium teilt mit: Heute mittag gegen 1 Uhr erschien über München ein feindlicher Flieger, der insgesamt sieben Bomben abwarf, die jedoch nur geringen Materialschaden anrichteten. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Der Flieger flog in westlicher Richtung ab.

Der Zar will keinen Sonderfrieden.

Petersburg, 17. November. (W. Z. B.) Meldung der Petersburger Telegraphenagentur. Der Minister des Auswärtigen hat an die Vertreter Russlands bei den alliierten Mächten folgendes Telegramm gerichtet: Petersburg, 16. November. Die kürzlich von der Presse gewisser Länder verbreiteten Gerüchte über angebliche geheime Besprechungen, die zwischen Russland und Deutschland fortgesetzt geführt würden zu dem Zweck, zur Unterzeichnung eines Sonderfriedens zu gelangen, können infolge ihrer Hartnäckigkeit die russische Regierung nicht gleichgültig lassen. Die kaiserliche Regierung legt Gewicht darauf, auf das entschiedenste zu erklären, daß diese sinnlosen Gerüchte nur das Spiel der feindlichen Länder spielen können. Russland wird das innige Band, das es mit seinen tapferen Alliierten verbindet, unverfehrt erhalten und wird, weit davon entfernt, an den Abschluß eines Sonderfriedens zu denken, an ihrer Seite den gemeinsamen Feind ohne das geringste Nachlassen bis zur Stunde des Endsieges bekämpfen. Kein feindlicher Winkelnug wird in stande sein, den unwiderruflichen Entschluß Russlands zu erschüttern. Sie werden beauftragt, dem Vorstehenden die weiteste Öffentlichkeit zu verleihen und den Inhalt dieses Telegramms zur Kenntnis der Regierung zu bringen, bei der Sie beglaubigt sind.

Karl Franz Joseph — Mitregent?

Nach einer Wiener Privatmeldung der Wlsteinpresse soll Kaiser Franz Joseph, der übrigens an einer Erkältung leidet, am 2. Dezember, dem Tage seiner vor 67 Jahren erfolgten Thronbesteigung den Erzherzog-Thronfolger Karl Franz Josef zum Mitregenten ernennen wollen. Der Erzherzog, der gegenwärtig die ostgalizisch-siebenbürgische Heeresfront befehligt, steht im Anfang der dreißiger Jahre. Er ist in politischer Beziehung bisher nicht hervorgetreten. Erst in den letzten Tagen wurde bekannt, daß er sich einer deutsch-bürgerlichen Abordnung in Teschen gegenüber dahin ausgesprochen habe, er kenne sehr wohl die hohe Bedeutung des deutschen Volkes für den österreichischen Staat, der sich stets auf die Deutschösterreicher stützen müsse. Hierzu sei bemerkt, daß von den annähernd 20 Millionen Österreichern etwa 10% Millionen Deutsche sind.

Die Ernennung eines Mitregenten würde verfassungsrechtlich etwas völlig Neues schaffen. Der Fall hat sich zuletzt in absolutistischer Zeit ereignet, als Kaiserin Maria Theresia ihren Gemahl Herzog Franz von Lothringen zum Mitregenten machte. Damals gab es noch keine österreichische Verfassung, keinen Dualismus mit Ungarn und vor allem nicht jenes eifersüchtige seine Rechte wahrende ungarische Parlament mit einem aus ihm genommenen Kabinett.

Der „Vokalanzeiger“ meldet aus Wien, daß der Zusammenbruch sämtlicher tschechischen Parteien des Abgeordnetenhauses unmittelbar bevorstehe. Auf Anregung der Ukrainer und Slowenen fand eine Versammlung von Vertretern aller slavischen Parteien mit Ausnahme der Polen in Angelegenheit der Sonderstellung Galiziens statt. Wie wir bereits anführten, würde das Verschwinden der 10% galizischen Abgeordneten aus dem Parlament den deutschen Einfluß erheblich steigern.

Hunsmans ist Sekretär des Internationalen Sozialistischen Bureaus, das jetzt in dem Haag seinen Sitz hat. Hunsmans ist Belgier! Es ist ein großer Gedanke, daß gerade Belgien, das das heillosste Opfer dieses Krieges gewesen ist, die Versöhnung der kämpfenden Völker Europas anbahnen soll, ein Gedanke, der die Zukunft Belgiens für alle Zeiten sichert. Sollen wir uns also entmutigen lassen? Wir sehen keinen Grund dazu! Man muß das Seil öfter als einmal werfen, bevor man die Leiter hinaufziehen kann. Jedem Willigen folgt ein neuer Versuch.

Daß die Friedensaktion, die die Basler „Nationalzeitung“ ankündigt, zum Ziele führen wird, ist nicht weniger als gewiß. Aber wenn diese fehlschlagen sollte, wird die Aussicht der nächsten, zu gelingen, größer sein. Und sie ist noch nicht fehlschlagen! Darum gilt es heute, sie zu fördern und zu unterstützen. Es gilt insbesondere für die Sozialisten aller Länder, sich daran zu erinnern, daß sie verpflichtet sind, einen Krieg beenden zu helfen, wenn sich die Möglichkeit dazu bietet.

In Herbes „Victoire“ lesen wir freilich: Entweder wird Deutschland siegreich sein oder es wird besiegelt werden. Einen Mittelweg gibt es nicht; denn ein unentschiedener Krieg, der nur in einer Räumung Belgiens, der sieben besetzten französischen Departements, Russisch-Polens und Serbiens bestünde, würde ein Triumph für Deutschland sein, da es dann bewiesen hätte, daß es der suchbarsten Koalition, die es je auf der Welt gegeben hat, standhalten habe. Wenn Deutschland siegreich bliebe, so bedeutete dies die ökonomische, politische und militärische Beschlagnahme ganz Mitteleuropas, des Balkans und der Türkei, also die Verwirklichung des pangermanischen Traumes. Dann wären um 80 Millionen Deutsche 100 Millionen nach preußischem Muster organisierte und gedrückte Nichtdeutsche geschart, vor denen Europa zittern würde. Dann hätten wir nach Kriegsende nicht anderes zu tun, als einen neuen Krieg vorzubereiten.

Wäre die Sache nicht so blutig ernst, man wäre versucht zu lachen. Ganz genau dasselbe haben wir ja gestern in der „Deutschen Tageszeitung“ gelesen, nur steht dort, was bei Herbes auf den Weinen steht, auf dem Kopf. Herbes hält die Friedensbewegung für ein „deutsches Mandat“. Graf Reventlow hält sie für einen „anglo-amerikanischen Bluff“. Herbes nennt den deutschen Erhaltungsfrieden einen deutschen Sieg. Graf Reventlow nennt ihn eine deutsche Niederlage; beide sind aber darin einig, daß einem „faulen Frieden“ alsbald wieder ein „frischer, fröhlicher Krieg“ folgen müßte!

Irretum, laß los der Augen Band!
Und merkt euch, wie der Teufel ipahe!
Gäbe es überall nur Reventlows und Herbes, dann wäre es noch untröstlich allerwärts. Aber die Vernunft marschiert! Sie marschiert durch das Trommelfeuer, und sie wird eines Tages auch die Drahtverhaue zerreißen, die der Wahnsinn des Hasses zwischen den Völkern errichtet hat.
Für die Neutralen, die guten Willens sind, für die Friedensfreunde in allen Ländern heißt es:
Sich nicht entmutigen lassen!

Die Unabhängige Arbeiterpartei Englands über den Frieden.

S. A. „Labour Leader“, das Organ der I. L. P. (Unabhängigen Arbeiterpartei) in England, veröffentlicht ein Memorandum über den Frieden, das die I. L. P. als Antwort auf den Mai-Ausdruck des Exekutivkomitees des Internationalen Sozialistischen Bureaus im September herausgegeben hat.

In diesem Memorandum, dessen Inhalt wir nach dem Pariser „Natschalo“ wiedergeben, wird zunächst ein Rückblick auf die Tätigkeit der I. L. P. seit Kriegsausbruch gegeben und dann die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die Partei der sozialistischen Politik und den Beschlüssen der internationalen Kongresse treu geblieben ist, die den sozialistischen Organisationen der verschiedenen Länder die zweiseitige Pflicht auferlegten: den Krieg zu verhindern, im Falle eines Mißerfolges jedoch dahin zu wirken, daß der Krieg lokalisiert, möglichst schnell liquidiert und durch einen Frieden abgelöst werde, der die Möglichkeit von Gebietsveränderungen, Racheempfindungen und alles dessen ausschließt, das einen neuen Krieg hervorzurufen geeignet ist. Das Memorandum erklärt es als unmöglich, im gegenwärtigen Augenblick die Einzelheiten des Friedens zu erörtern, bemerkt aber zugleich, man dürfe nicht zulassen, daß die Friedensbedingungen ausschließlich von den Herrschenden und den Diplomaten ausgearbeitet werden sollen.

Aus diesem Grund begrüßt das Memorandum das Manifest des Exekutivkomitees der I. L. P. als Ausdruck seines Wunsches, die Verhandlungen mit den angeschlossenen Parteien aufrechtzuerhalten und beantragt, daß ungeachtet aller Schwierigkeiten das I. S. P. zusammenzutreten und ein Kongreß aller nationalen Sektionen einberufen werden soll.

Die Unabhängige Arbeiterpartei spricht den entschiedenen Wunsch aus, daß dieser Kongreß stattfinden, selbst wenn irgendeine Sektion es ablehnen sollte, an ihm teilzunehmen und beantragt, daß der Kongreß sich vor allem mit der Frage beschäftige, mit welchen Mitteln ein schneller Friede zu erzielen sei. Das Internationale Sozialistische Bureau müsse hierbei nach Ausarbeitung einer Friedensdeklaration betonen, daß auf diesem Kongreß keine Diskussion über die Verantwortung der verschiedenen Nationen bei dieser Katastrophe, wie über die Haltung der Kriegführenden im Kriege und die Politik der sozialistischen Parteien ihren Regierungen gegenüber zugelassen werden würde. Zu allen diesen Fragen werde die Internationale nach Friedensschluß Stellung nehmen.

Die I. L. P. schlägt dem Internationalen Sozialistischen Bureau folgenden Entwurf einer Friedensdeklaration vor:

1. Keine territoriale Annexion;
 2. Wiederherstellung Belgiens und seine Entschädigung...
 3. (Zusätze);
 4. Die Kolonien in Afrika und anderen Erdteilen müssen aufgeteilt werden, und zwar so, daß in ihnen Freihandel für alle Nationen gesichert werden soll. Die ökonomische und politische Freiheit der örtlichen Bevölkerung muß vollkommen garantiert sein.
- Hinsichtlich der Garantien eines künftigen Friedens ist die I. L. P. der Ansicht:
- I. Daß alle Verträge zwischen den Nationen öffentlich und von den Parlamenten beschlossen sein müssen. Geheimverträge werden im internationalen Recht als ungültig erklärt.
 - II. Daß ein internationales Tribunal geschaffen werden muß.
 - III. Daß die Erzeugung und Lieferung von Kriegsmaterial durch Privatgesellschaften aufgehoben werden muß — in Erwartung der völligen Beseitigung der Rüstungen, an deren Stelle internationale Schiedsgerichte und internationales Recht treten müssen.
 - IV. Daß der Freihandel zum internationalen Prinzip — der Politik der offenen Tür — erklärt werden muß, im Verein mit der internationalen Arbeitergesetzgebung in solchen Fragen wie Achtundentag, Begrenzung der Arbeitszeit usw.
 - V. Daß die Wehrpflicht aufgehoben werden muß.

Zum Schluß drückt das Memorandum der I. L. P. die Ueberzeugung aus, daß der Krieg ihren Glauben an die Internationale nicht geschwächt habe. Im Gegenteil, Sozialismus und Frieden müssen Wirklichkeit werden; die Völker müssen sich gegenseitig die Hände reichen, aus dem Unglück, das sie betroffen, Lehren ziehen und sich vereinigen, um gemeinsam eine bessere Zukunft aufzurichten.

Unterzeichnet ist das Memorandum vom Vorsitzenden und Sekretär des Nationalrats der Unabhängigen Arbeiterpartei.

Der Appell Hindenburgs. Dringliches Rundschreiben des Reichskanzlers an die Behörden.

Berlin, 17. November. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Der Appell Hindenburgs. Der Brief des Generalfeldmarschalls von Hindenburg, in dem er den Reichskanzler bittet, allen Bundesregierungen, Verwaltungs- und Kommunalvertretungen in eindringlicher Weise den Ernst der Ernährungsfrage in der Kriegsindustrie vor Augen zu führen, ist vom 27. September datiert. Der Reichskanzler hat dem Wunsch des Generalfeldmarschalls alsbald durch ein dringliches Rundschreiben an sämtliche Behörden entsprochen.

Die Abfahrt der „Deutschland“.

Amsterdam, 17. November. (B. L. B.) Entgegen früheren Meldungen berichtet das Neuterische Bureau aus New London (Connecticut), daß das deutsche Handels-U-Boot „Deutschland“ erst heute um 1,30 Minuten früh abgefahren sei.

Die Entente note an die Schweiz abgelehnt.

Bern, 17. November. Der Schweizerische Bundesrat hat laut „Frankfurter Zeitung“ an die Entente eine in allen Punkten ablehnende Antwort erteilt. Wie die Schweizer Depeschengenerale mitteilt, hatte die Entente sich in ihrer Note im wesentlichen auf den Standpunkt gestellt, durch die Anwendung des deutsch-schweizerischen Abkommens werde das Gleichgewicht in der Verhandlung der Kriegführenden verlegt.

Polenerklärung gegen Polenproteste.

Bern, 17. November. (B. L. B.) Das polnische Pressebureau in Bern veröffentlicht heute in der gesamten Schweizer Presse folgende Erklärung: In Anbetracht verschiedener Proteste und Erklärungen, die eine Gruppe von sich augenblicklich in der Schweiz aufhaltenden polnischen Politikern Namens ihrer Landsleute veröffentlichte und die die öffentliche Meinung Europas irreleiten können, sind wir in der Lage zu erklären: Angesichts der festgestellten überwältigenden Anteilnahme von Männern aller Schichten und Parteien am gegenwärtigen Aufbau eines unabhängigen polnischen Staates ist diese grundsätzliche ablehnende Haltung und ausschließlich negative Meinung heute bereits entschieden durch die Tatsachen widerlegt und darf demnach lediglich als Privatäußerung der fern von der polnischen Heimat im Auslande weilenden Unterzeichner gelten.

Rußland — Polen — Finnland.

Stockholm, 16. November. (B. L. B.) Zu Rußlands Einspruch gegen die Wiedererrichtung des Königreichs Polen bemerkt „Stockholms Dagblad“: Dieser Einspruch gegen ein Versprechen der Mittelmächte konnte nicht gut das einzige Wort Rußlands und seiner Verbündeten an Polen bleiben, sondern mußte von einem mit dem deutschen und österreichischen Manifest weitestgehenden Zukunftsprogramm mit weniger nebelhaften Umrissen als das Manifest des Großfürsten Nikolai begleitet werden. Das ist denn auch geschehen. Die Erklärung Protopopows und das Manifest des Großfürsten ist somit durch die Regierung sanktioniert worden. In dem amtlichen Telegramm findet sich wenigstens das Wort Autonomie, jedoch gemäßigt durch das Wort, das infolge der Behandlung Finnlands durch Rußland einen wenig glückverheißenden Klang hat, nämlich „Bewahrung des Grundgesetzes der staatlichen Einheit“. Wie wenig Freiheit das für ein Grenzland innerhalb des russischen Reiches zu bedeuten braucht, können die Finnen bezeugen und wissen auch die meisten Polen.

Niederländische Verfassungsrevision.

Wahlrecht und Mandatsrecht der Frauen.

Haag, 16. Nov. (B. L. B.) Die Zweite Kammer nahm heute in der Debatte über die Verfassungsrevision den Artikel an, demzufolge Frauen in die Generalsstaaten gewählt werden können. Das aktive Frauenwahlrecht war gestern verworfen worden.

Die Lebensmittelfrage in England.

London, 16. November. (B. L. B.) Unterhaus. Im Verlaufe der Besprechung über die Vorschläge der Regierung zur Lebensmittelfrage beschäftigte sich der Handelsminister Runciman mit der U-Bootfrage. Er wies darauf hin, daß die Regierung eine Versäuerung gegen Kriegsgesfahr eingerichtet habe, und daß die Versicherung sich lohne. Sie hätten mit einem Satz von 5 Proz. begonnen, diesen aber schnell auf 1 Proz. ermäßigt und dieser Satz sei während des Krieges der gleiche geblieben und sei erst kürzlich auf ein wenig über 1 Proz. erhöht worden, um die Rechnungen in Ordnung zu bringen. Im großen und ganzen sei es der Regierung gelungen, den Plan auf der Grundlage von 1 Proz. durchzuführen. In der Tat sei die wirkliche Verminderung der englischen Tonnage für die Lebensmittelfrage nicht durch Unterseeboote verursacht worden, sondern durch die ungeheuren Ansprüche von Meer und Flotte und durch die Knappheit der nordamerikanischen Weizenerte, die die Regierung zwang, Weizen aus Australien zu beschaffen, und so viel mehr Tonnage in Anspruch zu nehmen. Runciman sprach seinen Dank für die günstige Aufnahme seiner Vorschläge aus.

Neuter meldet: Die zweiteilige Erörterung über die Vorschläge Runcimans über die Regelung der Ernährungsverhältnisse im Unterhaus hat die einstimmige Billigung derselben ergeben. Runciman sagte dabei, daß der neue Nahrungsmittel-Kontrollleur seine Aufgabe nicht erfüllen könne, wenn ihm nicht die Unterstützung des Publikums und der öffentlichen Meinung und derjenigen zur Seite ständen, welche darauf vorbereitet seien, ihre persönlichen Interessen dem Gemeinwohl unterzuordnen.

London, 17. November. (B. L. B.) „Times“ schreibt, sie sei ermächtigt mitzuteilen, daß in nächster Zeit wahrscheinlich noch eine Lebensmittelliste eingeführt werde, die die gegenwärtige Lage die Einführung dieses Systems wahrscheinlich noch nicht erfordert.

Lloyd George Kriegsamtsumde?

London, 12. November. (B. L. B.) „Times“ schreibt, daß Lloyd George vielleicht die Lebensmittelliste übernehmen werde. Es bestünde Grund zu der Annahme, daß er nicht abgeneigt ist, das Kriegsamt mit dieser neuen Stellung zu vertauschen, die ihm ein breiteres Tätigkeitsfeld geben würde.

Außerdem meldet die „Times“, daß die Brauer wahrscheinlich demnächst weniger Rohstoffe geliefert bekommen werden, und daß auch die Mineralwasserfabriken ihre Betriebe weiter werden ein-

schränken müssen. Die Zuckereinfuhrer müssen ebenfalls mit einer baldigen Einschränkung der Zuckereinfuhr rechnen. Zucker wird in Zukunft nur dann abgegeben werden, wenn der Käufer eine Erklärung abgibt, wofür er ihn verwenden will.

Die Sprengung der Cardiff Friedensversammlung vor dem Unterhause.

Haag, 15. November. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Als Staunton, der die Versammlung der Friedensfreunde in Cardiff gesprengt hatte, gestern im Unterhaus sich von seinem Sitz erhob, applaudierte ihm Jones begeistert zu. Thomas dagegen fand die Unterstützung mehr als der Hälfte der Liberalen und der Arbeiterpartei sowie der gesamten nationalistischen (irischen) Partei, als er zum Zeichen der Gleichberechtigung die Vertagung der Versammlung vorschlug. Das Haus hörte Thomas ruhig an, als er die Besprechung des Vorfalles in Cardiff mit einer gemäßigten Rede eröffnete. Ein Redner der Gegenpartei, der ihm antwortete, teilte lächerliche Dinge mit über deutsches Geld, das angeblich dort ausgeteilt worden sei usw. Der Minister des Innern Samuel I. erklärte gegenüber den Lords, die ein Verbot für derartige Friedensversammlungen forderten, seit seiner Propaganda erweise Ramsay MacDonald der Nation einen äußerst schlechten Dienst. Die Auffassung, die er (MacDonald) von einem ehrenvollen Frieden habe, stehe in keiner Weise mit der Auffassung der Nation in Einklang. Wenn man jedoch die Friedensbewegung zur Heimlichkeit zwingt, so werde der Nation verborgen, eine wie unbedeutende Minderheit hinter der Bewegung stände. Samuel wies die Anschuldigung des Arbeiterabgeordneten Thomas, die Polizei in Cardiff hätte die Ruhestörer noch ermüdet, zurück. An Norris bedauerte es, daß der Minister kein Wort des Tadelns für die gefunden habe, die die Versammlung auseinandergetrieben hätten. Dieser Protest wurde von Morrell unterstützt.

Englische Handelschiffsverluste.

Berlin, 17. November. Wolffs Bureau meldet nichtamtlich: Nach Aloxmedlung erklärte der Parlementssekretär der englischen Admiralität am 15. d. M., daß vom Tonnengehalt der britischen Handelsdampfer von 1000 Tonnen und darüber zu Beginn des Krieges bis Ende September dieses Jahres etwas über 2 1/2 vom Hundert verloren gegangen seien. Das umfasse alle Verluste sowohl durch Kriegs- als auch durch Seegesahr. — Diese Auskunft ist falsch. Wie wir von zuständiger Stelle hören, sind allein durch kriegerische Ereignisse bis Ende September dieses Jahres 2 180 000 Tonnen brutto englischer Handelschiffe von über 1000 Tonnen verloren gegangen. Das bedeutet volle 10,4 vom Hundert der englischen Gesamttonnage zu Anfang des Krieges. Auf die Schiffe über 1000 Tonnen berechnet, würde der Prozentsatz noch größer werden. Er erhöht sich zweifellos bedeutend durch die hier nicht bekannten englischen Verluste durch Seegesahr.

Das Oberhaus fordert mehr Flottenoffensive.

Rotterdam, 16. November. Dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ wird aus London berichtet, daß es gestern im Oberhaus zu einer Debatte über die Führung der Flotte kam. Lord Sydenham richtete an die Regierung die Frage, was für Pläne sie für die Verstrafung Deutschlands wegen des Auftretens seiner U-Boote habe. Andere Redner sagten, man habe das unbehagliche Gefühl, daß nicht alles getan werde, was in der Macht des Landes liege, um den Feind durch eine energische Einsetzung der englischen Seestreitkräfte zu besiegen. Sie verlangten mit Nachdruck ein energischeres Vorgehen der Flotte. Lord Sydenham nahm Bezug auf die früher abgegebene Erklärung, daß die Flottenpolitik Englands einen verteidigenden Charakter haben müsse und sagte, diese Lehre bedeute eine vollständige Verleugnung aller Traditionen der Flotte. Wenn man sie annehme, könne das leicht zu einer nationalen Katastrophe führen.

Lord Crewe antwortete im Namen der Regierung: Es wäre unvernünftig, jetzt schon eine Politik für die spätere Verstrafung des Feindes festzusetzen; vorläufig müßten die Kanonen sprechen. Die Kriegskommission habe schon vor längerer Zeit die Bewaffnung der Handelschiffe und die dazu notwendigen Maßregeln erwogen und die Flotte habe bei der Bekämpfung der neuen deutschen U-Boote beträchtliche Erfolge gehabt. Er glaube nicht, daß die Admiralität die Auffassung, daß die Vernichtung der feindlichen Flotte das oberste Ziel der Marine sei, aufgegeben habe.

„Times“ betont nochmals, daß die jetzige Admiralität nicht das volle Vertrauen des Landes genieße. Das Blatt findet, daß die Rechtfertigung Crewes unbefriedigend sei und schreibt, der neue deutsche U-Bootkrieg werde immer bedrohlicher und das Land sei absolut nicht davon überzeugt, daß die Admiralität dieser Gefahr die genügende Aufmerksamkeit schenke. (B. L. B.)

Die Kohlennot vor der französischen Kammer.

Berlin, 16. November. (B. L. B.) In der gestrigen Sitzung der französischen Kammer wurde die Vorlage betreffend Kohlenverteilung und Regelung der Kohlenpreise behandelt. Aus den Ausführungen des Ministers der Öffentlichen Arbeiten Sembat geht hervor, daß England monatlich nur zwei Millionen Tonnen einführen kann, während vier Millionen verlangt werden. Für die französischen Eisenbahnen besteht zurzeit ein Kohlenbestand von annähernd 800 000 Tonnen, was ungefähr den Monatsbedarf deckt. Der Abgeordnete Augagneur stellte fest, daß 24 Millionen Tonnen von England eingeführte Kohlen nicht genügen könnten und daß die Kohlenkrise viel mehr durch den Kohlenmangel als durch die Transportkrise verursacht worden sei. Minister Sembat erwiderte, die französische Regierung beschäftige sich fortwährend mit der Frage, allein in England sei die Kohlenförderung infolge der Eindeckungen zurückgegangen. Augagneur bemerkte darauf, daß infolge der ungenügenden Kohleneinfuhr eine Rationierung der Kohlenabgabe an die Industrie nötig werde. Im Anschluß an die Aussprache wurden die ersten sechs Artikel der Vorlage angenommen.

Zur Kohlenkrise führt „Figaro“ u. a. aus, unanschätzbare Zahlen, deren Veröffentlichung augenblicklich nicht angebracht sei, bewiesen, daß Frankreich bald nicht mehr in der Lage sein werde, seinen gesamten militärischen Betrieb, der eigentlich noch erweitert werden sollte, aufrecht zu erhalten, und ebensoviele den Bedarf Frankreichs an Kohle zu decken, falls man sich im bürgerlichen Leben nicht einschränke. Der gegenwärtige Kohlenverbrauch sei 35 Proz. höher als im Vorjahre. Demgegenüber sei die Kohlenbeschaffung zur See viel schwieriger als 1915 und werde infolge der deutschen U-Boottätigkeit mit jedem Tag schwerer.

Forderungen der Entente an Griechenland.

Athen, 16. November. (B. L. B.) Neuter meldet: Der französische Kriegsminister Roques hat dem griechischen Kriegsminister eine Denkschrift mit den Forderungen der Entente überreicht, darunter die Benutzung der griechischen Eisenbahnen als Unterpfand für Griechenlands freundschaftliche Haltung, die Uebergabe eines Teiles der Artillerie, die Verbannung von Personen, die im Verdacht stehen, deutsche

Agenten zu sein und die Befugung eines neutralen Ge-
bietes zwischen Ost- und Neugriechenland durch die
Alliierten.

Registrierung der Auslandsforderungen.

Berlin, 17. November. (W. Z. B.) In der Frage der Registrie-
rung der Auslandsforderungen haben die in der letzten Woche sei-
tens der Reichsbehörden mit Vertretern von Handel und Industrie
geführten Verhandlungen nunmehr zu einem positiven Ergebnis
geführt. Die Anordnung einer zwangswweisen Anmeldung der
Forderungen im feindlichen Ausland dürfte nach den von zustän-
diger Stelle abgegebenen Erklärungen in den nächsten Tagen zu
erwarten sein.

Aus einem englischen Geheimbericht über Deutschlands Kriegszustände.

Als vor kurzem unsere Seestreitkräfte den holländischen
Postdampfer „Koningin Regentes“ in der Nähe des
Schonenbank-Feuerschiffes wegen begründeten Verdachts der
Beförderung von Vorräten aufbrachten, wurde vor dem An-
bordkommen der Prisenmannschaft versucht, einige Kurier-
säcke heimlich über Bord zu werfen. Es gelang aber
unseren Leuten, einen davon vor dem Unter-
sinken aufzufischen. Unter den darin enthaltenen
Schriftstücken befand sich der Bericht eines gewissen
G. Steward aus Rotterdam an einen Herrn Horace Taylor in
London, Victoria Street 82. Der Verfasser ist augenscheinlich
Berichterstatler in englischen Diensten, der
Aufdruck und die Aufmachung seines Berichts lassen darauf
schließen, daß er der englischen Regierung nahe steht.

Seine Ausführungen werden in Folgendem wiedergegeben:
„Was die militärische Lage betrifft, so war die deutsche
Presse im Oktober in der Lage, das Gefühl des Zweifels in Betreff
einer siegreichen Beendigung des Krieges, welches im August und
September in Deutschland Platz zu fassen begann, zu erlösen.
Der Eintritt Rumäniens hatte zunächst wohl etwas
mehr Nervosität auskommen lassen, aber der Verlauf der
Freigänge in Siebenbürgen und der Dobrudscha schaffte
sorglos Ruhe. Das Festhalten der russischen Offensiv-
front im Osten, der deutsche Vormarsch in Rumänien und die ge-
wohnheitsmäßige Herabsetzung der Erfolge der Alliierten an der
Somme trugen ihr Teil dazu bei, um die deutsche öffentliche Mei-
nung siegesgewiß zu erhalten. Nach allgemeiner Ansicht wog
Konstantin den Verlust der rauchenden Ueberreste des Fort
Dauamont bei weitem auf.“

„Die Annahme eines halbberuhigten Deutschlands ist in
solchem Grade Allgemeingut der englischen Presse und die leb-
haftesten Schilderungen von Unruhen und Zusammenstößen sind
so weit verbreitet, daß es nur gut sein kann, wenn eine kurze
Darlegung der augenblicklichen Verhältnisse in Deutschland die
optimistischen Ansichten derer berichtigt, die da glauben, daß
Deutschland vor dem Hungertode steht und der wirtschaftliche Zu-
sammenbruch jeden Augenblick eintreten kann. Zweifellos ist
Deutschland auf Rationen gesetzt. Diese Einrichtung
aber ist seine Rettung. Das Volk ist natürlich wenig erfreut
über die Entbehrungen, die ihm zugemutet werden. Es denkt aber
nicht daran, sich deshalb dagegen anzulehnen. Der Vorrat von
Lebensmitteln, die von außerhalb herkommen müssen, ist zwar
sehr beschränkt, aber noch lange nicht erschöpft.“

„Diesen Monat möchte ich einige Auszüge aus der deutschen
Presse vorlegen, die zwar an sich einzeln nicht bedeutsam erscheinen,
in ganzen genommen aber die Frage revidieren, ob der
Erdröckungsversuch Deutschlands durch
eine Blockade die Wirkungen tatsächlich besitzt, die wir
angenommen hatten, und ob der Niedergang Deutschlands in dem
Tempo vor sich geht, welches einige unter uns für möglich hielten.“

„Es gibt in Deutschland Unzufriedenheit und man murret,
auch Enttäuschung macht sich bemerkbar, aber es kommt weder zu
Zusammenrottungen noch Tumulten. Zahlreiche Proteste
werden laut, aber merkwürdigerweise richten sie sich alle gegen
die Organisation und die Methoden der Lebens-
mittelverteilung und nicht gegen einen tatsächlich vor-
handenen Mangel.“

Zu der in der deutschen Presse veröffentlichten Ueber-
sicht über die deutsche Säuglingssterblichkeit sagt der Bericht:
„Es ist offenbar, daß der Mangel an Lebensmitteln das deutsche
Volk in der anerkannt kritischen Periode vom letzten Winter und
Frühling nicht in solchem Grade geschädigt hat, um einen merkbar
schlechten Einfluß auf die Säuglingssterblichkeit auszuüben.“
Nach Besprechung der Regelung der Zufuhren für
Schwarzarbeiter heißt es über die Vieh- und Fleischverhältnisse:
„Was Fleisch anbetrifft, so hat sich die Lage in Deutschland
zweifellos gebessert. Obwohl man in Deutschland vornehmlich
noch streng auf Nahrung gesetzt ist, was wenigstens das Fleisch an-
betrifft, so ist doch auf alle Fälle der Vorrat sehr wenig geringer
wie vor dem Kriege und wird auch immer besser.“

Dieser Bericht unterscheidet sich nicht unwesentlich von
den Berichten der englischen Blätter über angebliche Hungers-
not, Aufruhr und Empörungen in Deutschland. Man darf
daraus schließen, daß die englische Regierung, wenn auch dieser
eine Bericht abgefangen wurde, doch über die wahren Zustände
in Deutschland wohl unterrichtet sein wird. Lauten die an-
deren Berichte ähnlich, so könnte also die englische Regierung
daraus den Schluß ziehen, daß sie das Ziel ihrer Ausbun-
dungsoperationen trotz zweijähriger rüchichtsloser Arbeit bis
heute noch nicht erreicht hat. Trotzdem bleibt ihre Parole:
der Krieg dauert fort.

Seekrieg.

Verlente Schiffe. Als verlent werden gemeldet aus Havre
unter dem 10. November der norwegische Dampfer „Ulvang“,
von Lloyd der griechische Dampfer „Barbara“ (2881
Tonnen), der norwegische Dampfer „Vellen“, die
Golette „St. Nicolas“, deren Verlegung in Bocamp landete,
der englische Dampfer „Stern“ (4287 Tonnen), außerdem
mutmaßlich noch der englische Dampfer „Voldhu“ (2708
Tonnen) von Lloyd der norwegische Dampfer „Loridal“
(688 T.-R.-L.)

Kopenhagen, 16. November. (W. Z. B.) Der dänische Armerika-
dampfer „Dolar II.“ rettete auf der Reise von New York nach
Kopenhagen fünf englische Matrosen, die im Rettungsboot trieben.
Sie waren vom englischen Schooner „Carl Hynes“,
der von einem deutschen Unterseeboot verjagt worden
war.

Hamburg, 16. November. (W. Z. B.) Der norwegische
Dampfer „Frisjor“, mit Holzladung von Norwegen nach
England bestimmt, wurde von einem deutschen Kriegsschiff angehalten
und als Prise nach Hamburg aufgebracht.

Stavanger, 16. November. (Meldung des Aljaischen Bureaus.)
Der vergener Dampfer „Roga“, der sich auf der Reise von
Stavanger nach Newcastle befand, wurde heute vormittag von einem
deutschen Unterseeboot verjagt. Verlegung und Ausrüstung,
insgesamt 48 Personen, sind vom dänischen Motorische „Columbia“
aufgenommen und heute Abend in Stavanger eingebracht worden.
Von der Woll des verjagten Schiffes sind die eingeschriebenen Briefe
und verschiedene Wertpapiere und außerdem das meiste Gepäck der
Fahrgäste gerettet worden. (W. Z. B.)

Kristiania, 17. November. Die Karlsruher Carl „Billai“, mit
Vannware nach England unterwegs, ist gestern nachmittag südlich

von Oslo in Brand gesteckt worden. Die Bark treibt jetzt
brennend nahe Mandal. Die Mannschaft verliert Vorräte und
bemüht sich vom Boote aus die Bark zu schleppen. Das U-Boot
hat die Bark verlassen. (W. Z. B.)

Berlin, 17. November. Der von Amsterdam nach Rotterdam mit
einer größeren Ladung Vannware bestimmte holländische Dampfer
„Ridslan“, von 1085 Bruttoregistertonnen wurde am 15. dieses
Monats von deutschen Seestreitkräften angehalten und nach IJerbügge
eingebracht. (W. Z. B.)

Bern, 16. November. (W. Z. B.) „Matin“ meldet aus Vrest:
Der englische Dampfer „Hog“ ist im Nebel bei Guisance ge-
strandet. Die Besatzung konnte sich retten.

Die feindlichen Heeresberichte.

Fransösischer Bericht vom 16. November nachmittags.
(W. Z. B.) Nördlich der Somme haben die Deutschen ihre An-
griffsversuche auf die französische Front nicht erneuert. Südlich
der Somme griffen die Franzosen während der Nacht den Ostteil
von Pressoire an, der von den Deutschen besetzt war, während
französische Abteilungen sich mit bewundernswürdiger Tapferkeit
im Dorfe hielten. Dank dieser Standhaftigkeit und dank dem
Schneid der Truppen wurden die Deutschen nach einem erbitterten
Kampf unter Beschüßer von außerordentlicher Festigkeit aus
dem Dorfe gemorren. Pressoire ist ganz in unserem Besitz. Die
Gewinne vom 7. November werden restlos von uns gehalten. Nach
neuen Berichten führten die Deutschen gestern ihren Angriff mit
Kräften aus, die zu drei verschiedenen Divisionen gehören und
erlitten sehr schwere Verluste, das einzige Ergebnis der schweren
Niederlage, die sie erlitten haben. Westlich von Reims schaltete
ein von den Deutschen verführter Handstreich auf die französischen
Gräben nach Artillerieorbereitung im Sperrfeuer. Von dem
übrigen Teile der Front ist nichts zu melden.

Orientalarmee: An der Strumafont eroberten die
Engländer nach glänzendem Kampf das Dorf Kalarala auf dem
Ostufer des Dachnos-Sees. Die Bulgaren flüchteten sich auf das
linke Ufer des Kiorbaches. An der Ternafront dauert trotz
Regen und Schnee unsere Offensive siegreich fort. Im Flußbogen
war die Schlacht äußerst heftig. Deutsch-bulgarische Gegenangriffe
in der Nacht vom 14. zum 15. konnten an keiner Stelle unsere
Offensive hemmen; sie waren mörderisch für den Feind. 400 deut-
sche Gefangene blieben in unseren Händen. Französisch-serbische
Truppen, die ihre Erfolge nördlich von Tepavici verfolgten, rückten
gegen Jaratof vor. Westlich von der Terna gab der Feind unter der
Wirkung unseres Artilleriefeuers und dem kräftigen Druck unserer
Infanterie im Laufe der Nacht seine Hauptstellungen auf, die seit
mehreren Monaten stark ausgebaut worden waren. Französisch-
russische Streitkräfte, die den Gegner nördlich von Kenali verfolgten,
erreichten das rechte Ufer der Bira, sechs Kilometer südlich von
Monastir. Wir besetzen die Dörfer Gelbiant, Korobitja und
Belostina.

Vom 16. November abends. An der Sommefront wurden
einige feindliche Abteilungen, denen es gelungen war, in einem
Teile der im Nordosten von Saillies belegenen Häuser Fuß
zu fassen, durch einen lebhaften Gegenangriff unserer Truppen
verjagt. Der Artilleriekampf wird in der Gegend von Ablaincourt
heftig fortgesetzt. Ueberall sonst war der Tag ruhig.

Luftkrieg: Am 15. November zwang einen unserer Flug-
zeugführer ein feindliches Flugzeug bei Chaulnes zum Niedergehen.
Belgischer Bericht: An der belgischen Fronti nichts Be-
merkenswertes.

Englischer Bericht vom 16. November nachmittags.
(W. Z. B.) Während der Nacht wurde unsere Schlachtfeldfront nörd-
lich und südlich von der Ancre ziemlich heftig vom Feinde be-
schossen. Sonst nichts zu melden. — Vom 16. November abends.
Heute nachmittag hat der Feind unsere Front nördlich von der
Ancre, besonders in der Nähe von Beaucourt beschossen. Unsere
Artillerie rief starke Explosionen hervor. In den letzten 24 Stun-
den haben wir sechs Offiziere und 29 Mann gefangen genommen.
Südlich von der Ancre hartes feindliches Geschüßfeuer zwischen
Le Cars und Queudocourt. Unsere Artillerie beschuß die feind-
lichen Linien bei Souches und Armentières. Gestern machten unsere
Flugzeuge einige erfolgreiche Streifen.

Russischer Bericht vom 16. November. (W. Z. B.)
Westfront. An der ganzen Front heftiges Feuer, das
in der Gegend des Karotisch-Sees und in mehreren Abschnitten
am Stochad heftiger war. In der Gegend nördlich von Selnow
beschuß unsere Artillerie mit chemischen Geschossen wirkungsvoll
Lager des Feindes. An der Karajowka, in der Gegend des
Dorfes Lipnica Dolna führten die Deutschen einen energischen An-
griff aus und versuchten, einen Teil der Gräben, die wir ihnen
gestern abgenommen hatten, zu nehmen. Zwei aufeinanderfolgende
Angriffe des Feindes wurden durch unser Feuer abgeschlagen.

Kaukasusfront. In Richtung auf Bidjar vertrieben un-
sere Abteilungen die Türken aus der Gegend von Kogaz (?) und
von Djanalak, südlich Sultanabad.

Rumänische Front. Siebenbürgen. In der Gegend
nördlich Zilighs machte der Feind einen Angriff, der durch unser
Gewehr- und Maschinengewehrfeuer abgeschlagen wurde. Nach er-
bittertem Kampfe bewunderten sich unsere Truppen eines defestigten
Hügels südlich Zilighs, nahmen 180 Mann, darunter 1 Offizier,
gefangen und erbeuteten 3 Maschinengewehre. In der Gegend von
Campolung halten hartnäckige Kämpfe an. Der Feind, der
seine Angriffe durch Feuer zahlreicher schwerer Artillerie un-
terstützt, erlitt tiefe Verluste. Alle seine Angriffe wurden bisher
abgeschlagen, die Rumänen behaupteten ihre Stellungen. In den
Tälern des Alt und des Iru erbitterte Kämpfe. — Dobrudscha.
Unsere Truppen rüdten von neuem nach Süden vor. Der Feind
glaubt beim Rückzuge rumänische Dörfer an.

Rumänischer Bericht vom 16. November. (W. Z. B.)
Nord- und Nordwestfront. An der Westgrenze der
Kobbau griff der Feind an mehreren Stellen ohne Erfolg an. Wir
machten 10 Gefangene und erbeuteten zwei Maschinengewehre.
An der Grenze nördlich von Runteni bis zum Prachoba-
Tale einschließlich Kampfhandlungen ohne Bedeutung und
Artilleriefeuer. In der Gegend von Dragoslave griff der Feind
heftig, aber erfolglos an. Er wurde mit großen Verlusten zurück-
geschlagen. Am Altal heftige Kämpfe. Auf dem linken Ufer
zog sich unsere Truppen gegen Arzul und Radacinesji zurück.
Auf dem rechten Ufer behaupteten wir unsere Stellungen. In der
Gegend des Iru zogen sich unsere Truppen gegen Copacoasa, süd-
lich von Tirguju, und Carbesii, südlich von Tirguju, zurück.
An der Terna Patrouillenkämpfe und schwaches Artilleriefeuer.
Südfront. Rings der ganzen Donau schwache Artillerie-
und Infanteriekämpfe.

In der Dobrudscha keine Veränderung.

Italienischer Bericht vom 16. November. (W. Z. B.)
An der Trierentiner Front vielfache Tätigkeit der beiden
Artillerien. Die unserer beschuß feindliche Truppenabteilungen
und einen auf dem Marich befindlichen Wagenzug in der Gegend
des Sictales und im Becken der oberen Aghaz. In Carnien
Streifzüge feindlicher Flugzeuge, die Bahnhöfe besaßen, ohne
Schaden zu verursachen. Am Perokonal (Bella) fielen zwei Bom-
ben auf Rogis Wäse, die zwei Frauen töteten und drei ver-
wundeten. Auf den Höhen von San Marco östlich von Görz nahmen
unsere Truppen gestern unter dem Schutze starken Artilleriefeuers
die am 14. November geräumten Gräben wieder. Mitten
in der Nacht versuchte der Feind einen heftigen Ueberfall, der glatt
abgeschlagen wurde. Auf dem Karst Artillerietätigkeit. In der
Gegend von Bosco Ralo verbesserte unsere Infanterie durch Vor-
rücken einen Abschnitt der Front. Wir machten bei keinen Zu-
sammenstößen einige Gefangene und erbeuteten zwei Wäfer.
Feindliche Flugzeuge warfen einige Bomben auf Vallone (Karst);
es wurde niemand getötet und auch kein Schaden angerichtet.
Cadorna.

Kleine Kriegsnachrichten.

Pichtnot in Paris.

Bern, 16. November. In Paris ist innerhalb vier Tagen zum
zweitenmal in der Transformationszentrale Kurzschluß ent-
standen, so daß sechs Stadtteile im Dunkel bleiben
müßten. Auch das Eisen wurde betroffen. Zahlreiche Geschäfte
müßten vorzeitig schließen. Auch mehrere Theater, darunter
Athene, waren ohne elektrisches Licht. Die Theaterräume waren
mit Oellampen beleuchtet, die Kerzen wurden bei offenem Vor-
hang geschaltet. Die „Temps“ meldet, wird Quetz Lumi-
niere den Betrieb wieder aufnehmen, darf aber auf Anordnung
des Unterstaatssekretärs des Munitionswesens nicht mehr als
75 Proz. des bisherigen Stromes liefern. (W. Z. B.)

„Temps“ zufolge dehnen sich die Schwierigkeiten der
Kohlenbeschaffung für die Pariser Beleuchtungs-Gesellschaften
immer mehr aus. So liegen seit vorgestern auch Orte in der
weiteren Gegend von Paris, wie Versailles, Vitry, Chedon
und St. Ger in Folge Gasmanagements im Dunkel. Zur Beleuchtung
des Versailles Westbahnhofes und der wichtigsten Verkehrsstraßen
wurde Lampenmaterial hervorgeholt. Lastautomobile wurden nach
Paris entsandt, um Kohle zu holen. Der Gemeinderat von
Celle-St. Cloud hat den Präfekten benachrichtigt, daß die Ge-
meinde die Schulen schließen müsse, da die Heizung der Schul-
räume unmöglich sei. (W. Z. B.)

„Rur Gebuld!“ Lugans, 16. November. (T. U.) Aus Athen
wird gemeldet: Beim Empfang der französischen Kolonie erklärte
der französische Kriegsminister Roques, die militärische Lage
des Kolonialheeres sei ausgezeichnet. Der Endsiege sei sicher,
nur müsse man Geduld haben.

Petersburg, 16. November. (W. Z. B.) Die Petersburger
Telegraphen-Agentur meldet: Wir sind ermächtigt zu erklären,
daß die böhmischen Gerüchte über die Einstellung der Unter-
stützungen für die nach Rußland geflüchteten Polen jeglicher
Grundlage entbehren. Diese Unterstützungen werden weiter betrie-
ben.

Fräuarbeit in Kanada. London, 16. November. (T. U.) Wie
die „Times“ aus Toronto erfährt, arbeiten daselbst 4000 Frauen
und in Ontario mehr als 10 000 Frauen in den Munitions-
fabriken.

London, 16. November. (W. Z. B.) Neutermedung. Die
Königliche Kommission für Weizenversorgung teilt mit, daß die
indische Regierung die Ausfuhr von 400 000 Tonnen Weizen nach
England, Frankreich und Italien gestattet hat.

Rom, 16. November. „Dea Nazionale“ meldet: Die Banca
Italiana di Conti hat den Palazzo Chigi, den früheren Sitz
der österreichisch-ungarischen Botschaft am Curial, für 4 Mil-
lionen Lire gekauft, um dort ihre Zentraldirektion einzurichten.
(W. Z. B.)

Winami-Prozess. Amsterdam, 16. November. (W. Z. B.)
„Telegraaf“ meldet aus Weltervreden, daß der Prozess gegen den
Japaner Winami, der Bestrebungen zu revolutionären Freisen
unterhalten hatte, in Holländisch-Indien lebhaftes Entrüstung her-
vorrufte. Der Staatsanwalt beantragte zwei Jahre Gefängnis;
das Urteil wird am 21. November verkündet werden.

London, 17. November. (Meldung des Neuterischen Bureaus.)
Die Einfuhr von Schmud- und Silbergegenständen, aus-
genommen Uhren und Uhrengehäusen, in das Vereinigte König-
reich ist verboten, soweit nicht das Handelsamt besondere Er-
laubnis gibt. (W. Z. B.)

London, 17. November. (W. Z. B.) Nach dem „Daily Tele-
graph“ wird der schwedischen Zeitung „Dagens Nyheter“ aus
Haparanda mitgeteilt, daß bei der Explosion von sechs
Munitionsdampfern in Archangel nach Berichten
von Seeleuten 150 Mann getötet und 850 verwundet worden seien.

Amsterdam, 17. November. (W. Z. B.) Ein hiesiges Blatt
meldet aus Weltervreden, daß nach einem Telegramm des Resi-
dents von Borneo die Rebellen die Dörfer Berang und
Bentong im Kaljoedistrikt besetzt haben. Mehrere Einwohner
wurden getötet; die Bevölkerung ist geflüchtet.

Amsterdam, 17. November. (W. Z. B.) „Times“ erfährt aus
Sidney, daß dort Balle im Werte von 750 000 Pfund Ster-
ling auf die Verfrachtung nach England, Frankreich und Japan
wartet, aber nicht verschifft werden kann, weil infolge des
Bergarbeiterstreiks keine Kohlen vorhanden sind.

Petersburg, 17. November. (W. Z. B.) Radzianko ist
zum Präsidenten der Duma wiedergewählt worden.

Letzte Nachrichten.

Churchill zur Schiffsfrachtenfrage.

Notterdam, 17. November. (W. Z. B.) „Nieuwe Courant“
meldet über die letzte Unterhandlung: Churchill sagte, der
Arbeitermangel in wichtigen Industriezweigen sei viel eher auf die
willkürliche Art, wie man mit der Rekrutierung vor-
gegangen sei, zurückzuführen. Wenn man jetzt bei der Auswahl
der Mannschaften für die Armee wissenschaftlicher zu Werke gehe,
so sei dies einzig und allein durch die Dienstpflicht möglich ge-
worden. Churchill machte Rumoren den Vorwurf, daß er eine
zu enge Auffassung von der U-Bootsgefahr habe. Es
seien zwar 2 1/2 Millionen Tonnen vernichtet worden, aber durch
Neubau und Ankauf von neuen Schiffen sei fast der ganze Verlust
wieder gut gemacht worden. Churchill forderte die Bewaffnung
von Handelsschiffen als wirksamstes Mittel gegen die
U-Boote. Daß diese Methode sich bewähre, dafür sei ein Beweis,
daß vier Fünftel der von U-Booten angegriffenen bewaffneten
Handelschiffe zu entkommen vermochten, während vier Fünftel
der unbewaffneten, angegriffenen Handelsschiffe in den Grund ge-
bohrt worden seien. Churchill glaubte, daß die Frage der
Schiffsfrachten ein viel ernstlicherer Faktor sei als der
U-Bootkrieg. Es sei notwendig, sämtliche Schiffe unter
die Kontrolle der Regierung zu stellen und alle
wichtigen Betriebe unter Staatsaufsicht zu
nehmen, Verbrauchsarten einzuführen und für alle
wichtigen Artikel Preise festzusetzen. Ferner verlangte er
die allgemeine Dienstpflicht für Industrie und Armee und die Or-
ganisation des Ackerbaues auf nationaler Grundlage. Die Regie-
rung müsse mit diesem Schritte aber nicht warten, bis die Not-
wendigkeit sie dazu dränge.

Amerika und die belgischen Abschiebungen.

Von ausländischen Blättern wird die Meldung verbreitet, daß
der amerikanische Geschäftsträger in Berlin im Auftrage seiner
Regierung Vorstellungen gegen die Abschiebung Arbeitsloser in
Belgien erhoben habe. Daran ist kein wahres Wort. Vor kurzem
erbat der amerikanische Geschäftsträger Auskünfte über die deut-
schen Verwaltungsmaßnahmen in Belgien mit dem ausdrücklichen
Bemerkten, daß in den Vereinigten Staaten Gerüchte über harte
Zwangsmassregeln Deutschlands zu dem Zweck verbreitet würden,
die Tätigkeit der amerikanischen Hilfskommission für Belgien zu
unterbinden, es sei deshalb notwendig, derartigen Ausstreumgen
die Wahrheit entgegenzusetzen.

Garranza und Barral.

Bern, 17. November. (W. Z. B.) „Temps“ meldet aus
Washington, Garranza habe versprochen, drei in Barral als
Spione verhaftete Amerikaner sofort freizulassen.

Erdbeden in Italien.

Bern, 17. November. (W. Z. B.) Nach dem „Secolo“ wurde
gestern ein ziemlich starker Erdstos ebenfalls in Rom, Neoli,
Viceno, Pescara, Teramo und Aquila verspürt, wo einige Gebäude
Schaden erlitten.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Kriegsfürsorge für die Textilindustrie.

Die Vertrauensleute der Verwaltung Berlin des Deutschen Textilarbeiterverbandes besprachen in ihrer letzten Zusammenkunft die Wirkungen der Textilfürsorge in Groß-Berlin und deren Umwandlung nach dem Muster der Bekleidungsfürsorge.

Der wesentliche Unterschied zwischen den beiden Einrichtungen besteht darin, daß bei der Textilfürsorge die Bemessung der Unterstützung nach ausfallenden Lohnstunden geschieht und je nach Alter und Geschlecht Stundenlöhne von 9 bis 25 Pf. gezahlt werden, außerdem für jedes Kind unter 14 Jahren pro Stunde 5 Pf. Die Arbeitswoche wird gleichmäßig zu 60 Stunden gerechnet. Bei der Bekleidungsfürsorge wird die Bemessung der Unterstützung nicht nach Stundenanfall, sondern nach Lohnausfall berechnet, indem dem Durchschnittsverdienst der Friedenszeit bei völliger Arbeitslosigkeit drei Viertel dieses Verdienstes und bei eingeschränkter Arbeitszeit zwei Viertel des Lohnausfalles obigen Durchschnittsverdienstes gezahlt werden, aber in keinem Falle darf die Unterstützungssumme die Höhe von 18 M. übersteigen. Für Kinder gibt es keinen Zuschlag, nur bei außergewöhnlicher Notlage oder bei großem Kinderreichtum kann eine Zulage gewährt werden bis zur Höhe von 9 M. Der Ausschuß der Textilfürsorge Berlins beschloß in seiner letzten Sitzung bei der Gemeinde den Antrag zu stellen, die Bemessungen der Unterstützungen nach denen der Bekleidungsindustrie umzuwandeln, um damit für die gesamte Bekleidungsindustrie mit Einschluß der Textilindustrie einheitliche Bestimmungen zu schaffen. Es ist nun zu prüfen, welche Bemessung der Unterstützung für die Arbeiterklasse die vorteilhafteste ist. Daß die Bemessung nach Lohnausfall gerechter und bei der Berechnung einfacher ist als die Bemessung nach Stundenanfall, dem muß zugestimmt werden. Aber es kann für viele Textilarbeiter Verschlechterungen bringen. Z. B. Es heißt in der Verordnung der Bekleidungsfürsorge, die Unterstützung darf 18 M. nicht übersteigen, bei der Textilfürsorge konnte dieses geschehen, weil für jedes Kind unter 14 Jahren 3 M. pro Woche extra gezahlt wurden und dies ohne Antrag. Diese Abgrenzung ist zu niedrig und die Stadtasse macht hierbei im gegebenen Falle noch ein Geschäft. Denn von diesen 18 M. zahlt das Reich 9 M., der Staat 8 M. und 3 M. die Gemeinde. Würde der herr. Arbeitsschlichter diese Unterstützung der Sonderfürsorge nicht bekommen, sondern der allgemeinen Arbeitlosenfürsorge zur Last fallen, so würde die Stadtasse dieses 1 bis 2 M. mehr kosten, weil 4 und 5 M. städtische Arbeitlosenunterstützung gezahlt werden. Es ist auch den jetzigen enormen Steuerungsverhältnissen zu wenig Rechnung getragen worden, insofern nur drei Viertel des Friedensverdienstes berechnet werden sollen. Dieser Unterschied zwischen den Friedens- und den jetzigen Verhältnissen kann dadurch noch ein größerer werden, daß in den zur Berechnung genommenen 12 Monaten ein schlechter Geschäftsgang herrschte, wodurch der Durchschnittsverdienst bedeutend verringert wurde. Die Praxis wird sich so gestalten, daß die weiblichen Textilarbeiter, welche unter 16 M. Durchschnittsverdienst hatten, nach der Neuerung weniger Unterstützung bekommen. Bei den Männern ist das selbe der Fall, sobald deren Durchschnittsverdienst unter 20 M. beträgt, weil nach den Bestimmungen der Bekleidungsfürsorge nur drei Viertel dieses Verdienstes gezahlt wird und das wäre weniger als 12 bezw. 15 M., was ihnen aber bei der Textilfürsorge gezahlt wird, sobald sie über 21 Jahre alt sind und außerdem für jedes Kind 3 M. Wer also in der Friedenszeit wenig verdient hat, wird jetzt dafür gestraft, daß er für einen niedrigen Lohn gearbeitet hat, wer mehr als 16 oder aber 20 M. verdient hat, bekommt nach den Bestimmungen der Bekleidungsfürsorge eine höhere Unterstützung als nach denen der Textilfürsorge. Daß dieses letztere bei vielen Textilarbeitern nicht zutreffen wird, geht aus einer amtlichen Statistik hervor, wonach im Durchschnitt die Berliner Textilarbeiter unter dem ortsüblichen Tagelohn verdient haben. So bedauerlich das ist, wird es sich jetzt nicht weiter ändern lassen, aber die Stadtverwaltung Berlin wird erlucht werden, bei der Beratung dieser Angelegenheit den eigenartigen Verhältnissen der Textilindustrie ein wohlwollendes Verständnis entgegenzubringen. Die Textilarbeiter haben hieraus die Lehre zu ziehen, daß sie nicht für niedrige Löhne arbeiten dürfen, wenn sie sich vor Schaden bewahren wollen.

Rechtsstreit um Lohnzahlung für Geschloßklappen.

Ein interessanter Rechtsstreit gegen die Firma J. V. Grünfeld, das bekannte große Geschäftshaus, beschäftigte die Schlichtungskommission für Militärschneiderarbeiten in zwei Terminen. Frau P. hat eine große Anzahl Geschloßklappen schwererer Art für die Firma angefertigt und das Stück mit 12 Pf. bezahlt erhalten. Sie verlangt etwa 400 M. Nachzahlung. Und zwar wird vom Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen, der die Klägerin vertritt, geltend gemacht, daß für diese schwereren Geschloßklappen ein Lohn von 25 Pf. pro Stück als angemessener Lohn anzubieten sei. Dafür beruft sich die Vertreterin des Gewerbevereins auf ein Gutachten der Feldzeugmeisterin und des Artillerieoberwärters, worin die Angemessenheit einer Bezahlung mit 25 Pf. für das Stück ausgesprochen wird.

Der Vertreter der Firma betrachtet die Festsetzung des Lohnes auf 12 Pf. schon als gut. Die Arbeiterinnen seien auch bisher immer damit zufrieden gewesen. Es seien in den letzten beiden Jahren eine Unmenge von Geschloßklappen gemacht worden. Die Ansprüche, die jetzt kämen, wo nicht nur der Gewerbeverein, sondern auch der Schneiderverband in die Erscheinung trete, entsprängen nicht dem Gefühl, einen zu niedrigen Lohn zu verdienen, sondern dem, möglichst leicht große Verdienste zu erlangen. Deshalb seien diese Nachforderungen gefährlich. Wenn derartige Nachzahlungsansprüche an alle in Betracht kommenden Firmen gestellt würden, dann könnte die Schlichtungskommission eine Fittale auf-

machen. Es käme hier auch kein Tarif in Frage. Die Verträge mit der Arbeitsgeberin, der Artilleriewerkstatt, lauteten nur dahin, daß solche Löhne zu zahlen seien, daß mindestens der ortsübliche Tagelohn erzielt werde. Ein angemessener Verdienst sei also nur vorgebildet. Der werde aber erzielt. — Der Herr legt ein Gegengutachten des Zentralvereins für Arbeitennachweise vor, der ebenfalls Auftraggeber und Weitergeber derartiger Arbeiten ist. Der Zentralverein für Arbeitennachweise erklärt 12 Pf. für angemessen und beruft sich dafür auf die erzielten Stundenverdienste. Bei Einarbeitung könnten im Durchschnitt 40 Pf. pro Stunde erzielt werden.

Es wird festgestellt, daß die Geschloßklappen, für die die Arbeiterinnen 12 Pf. pro Stück erhielten, der Firma Grünfeld bei sogenannten Lohnaufträgen (Gegensatz zu auch vorkommenden Lieferungsaufträgen) von der Artilleriewerkstatt mit 45 Pf. pro Stück bezahlt wurden. Der Vertreter der Firma bemerkt dazu, daß die Firma Nebenkosten habe.

Veisiger Kunze vom Schneiderverband: Auch wir haben von verschiedenen Seiten Gutachten, daß die Löhne nicht angemessen sind. Der Arbeitennachweiseverein kann als Stelle für Gutachten nicht in Betracht kommen. Er ist ja selbst Arbeitgeber und hat die bemängelten Löhne gezahlt. Ich unterstelle ohne weiteres als wahr, daß der Arbeitennachweise seine eigenen Löhne für angemessen hält. Der Herr wundert sich über die jetzt kommenden Klagen. Demgegenüber ist festzustellen, daß schon immer über die Löhne geklagt worden ist. Uebrigens zahlt auch einer der Konkurrenten der Firma Grünfeld, ein Privatunternehmer, den Satz von 25 Pf. als angemessenen Satz.

Magistratrat v. Schulz zur Bezugnahme auf den ortsüblichen Tagelohn: Als der ortsübliche Tagelohn festgesetzt wurde, war noch kein Krieg; da hat noch kein Mensch an die Nahrungsmittelsteuerung und die großen Preissteigerungen gedacht.

Veisiger Kunze: Auf die Verordnung vom 4. April 1916, die der Vertreter der beklagten Firma auch erwähnt hat, kann man sich hier in der Lohnfrage nicht berufen. Die Verordnung sieht nur eine Beschränkung der Arbeitsmenge vor, nicht aber eine Beschränkung der Verdienste. Vom Polizeipräsidenten haben wir eine Auskunft erhalten, worin gesagt wurde, es wäre durchaus erzwänglich, wenn die Arbeitgeber ihren Arbeitern einen guten Verdienst zukommen ließen.

Wegen einiger Feststellungen wurde darauf die Sache vertagt. In der letzten Sitzung der Schlichtungskommission sollte nun die Sache weiterverhandelt werden. Neben ihr standen jetzt auch vom Schneiderverband vertretene Sachen an.

Die Kommission mußte aber wegen des Einwands der Unzuständigkeit der Schlichtungskommission, den der diesmal persönlich erschienen Herr Grünfeld erhob, diesem Einwande nachtreten. Grünfeld machte geltend, es handle sich hier nicht um Militärschneiderarbeiten, nicht um Artikel, die von den Bekleidungsämtern vergeben würden. Es handle sich auch hier nicht um irgendwelche tariflichen Vertragsangelegenheiten. Auch ein einseitig durch die militärische Behörde festgesetzter Tarif, wie der vom Oberkommando für bindend erklärte Tarif des Kriegsbekleidungsamtes des Gardekorps, bestehe nicht für die hier in Betracht kommenden Arbeiten.

Magistratrat v. Schulz verkündete nach erfolgter Beratung: Nach den von Herrn Grünfeld vorgetragenen Tatsachen ist die Schlichtungskommission in der Streitfrage gegen Herrn Grünfeld allerdings nicht zuständig. Sie hat sich deshalb auf den erhobenen Einwand für unzuständig erklärt und die Klagen aus diesem Grunde abweisen müssen. Vor der Schlichtungskommission jedenfalls können die Klägerinnen ihre Forderungen nicht geltend machen.

Ein „Herold“ des Syndikalismus.

Man schreibt uns: Nach der Partei die Gewerkschaften! Warum sollte nicht auch versucht werden, den Geist der Desorganisation jetzt in die Gewerkschaften hineinzutragen? Die Zeit er scheint manchem günstig dafür. Daß die Gewerkschaften bisher den Parteistreit aus ihren Reihen ferngehalten haben, gibt manchen Leuten geradezu Veranlassung, den Versuch zu machen, ihn von außen künstlich in die Gewerkschaften zu verpflanzen. Zwar haben jetzt schon einige Mitglieder in Versammlungen ihre Unzufriedenheit über manche Maßnahmen der Verbandleitung oder über die Schreibweise ihres Verbandsorgans geäußert. Das ist aber nichts Absonderliches, es geschah das zu allen Zeiten und es ist das gute Recht der Mitglieder. Aber der Syndikalismus soll jetzt keine Anerkennung finden. Ganz im alten Gewande. Die Gewerkschaftsmitglieder sollen wieder einmal mit neuem demokratischen Geiste durchdrückt und es soll ihnen gezeigt werden, wie in die Gewerkschaften der Keim des Zerfalls und des Unterganges gelegt wird.

Zahrscheinlich von den Sportartisten aus Neulöbn kommt diese neue Kunde in Gestalt einer auf blauem Papier gedruckten Flugblätter. Ihr Verfasser (A. Herold), sicher ein Pseudonym, zeigt wieder einmal mangelhaft un-demokratische Sünden einiger Gewerkschaftsführer auf, die irgendwo und irgendwann sich — nach des Verfassers Meinung — unehrenhaft über die Demokratie geäußert haben sollen. Ferner wird z. B. gerügt, daß nicht jede Mitgliederversammlung über Streits beschließen könne, sondern daß der Gewerkschaftsleiter dabei das Vertrauen zur wirklichen Beurteilung der Chancen des Kampfes geschenkt werden müsse, weil sie einen besseren Ueberblick habe und die wahren Motive und Wirkungen der Maßnahmen des Gegners durchschaue. Das soll wie die Lehre vom beschränkten Untertanenverband anmuten. — Nur wer jede parlamentarische Vertretung der Arbeiter verneint und die von den Arbeitern gewählten Führer und Vertreter als willenlose Vollstrecker jedes gefassten Beschlusses betrachtet, selbst wenn dieser Beschlusse im Widerspruch zu den Interessen der Allgemeinheit oder der Gesamtorganisation steht, kann solche syndikalistischen Ansichten äußern. Das Sonderinteresse einer Gruppe oder ein ausschließlicher

Streik in irgendeinem Orte soll also den Gesamtinteressen nicht untergeordnet werden. Und das ist dann die wahre Demokratie, von der die Zentralverbände nicht berührt werden. Als ob nicht auch jeder parlamentarische Vertreter nach bestem Wissen und Gewissen urteilen muß, ohne in jedem Einzelfalle erst die Meinung seiner Wähler einholen zu müssen. Aber das sind alle Kamellen, die wir in besserem Aufzuge jahrelang in der kaiserlichen Sozialorganisation serviert bekommen.

Zwar auch nicht neu, aber für die gegenwärtige Zeit besonders originell ist dann des Verfassers Abhandlung über „wobin dieser un-demokratische Geist geführt hat“. Er weist nach, daß die „großen Errungenheiten“ der Gewerkschaften, d. h. die Lohnerhöhungen, in keinem Verhältnis zu den Lebensmittelpreisen stehen. Als ob die Gewerkschaften das je behauptet hätten; wobei doch aber unter Pfiffeln wie viele seiner Vorgänger freundlich beachten möchte, daß ohne die Gewerkschaften das Mißverhältnis zwischen Lohn und Lebensmittelpreisen sicher ein noch viel größeres wäre. Oder hat er das Vertrauen zu den Unternehmern, daß sie ohne Drängen der Organisationen freiwillig die Löhne erhöht hätten? Von den Gewerkschaften aber zu verlangen, daß sie jetzt unter allen Umständen eine Lohnsteigerung herbeiführen müssen, die einen Ausgleich für die jetzigen Preissteigerungen schafft, ist denn doch des Guten etwas zuviel verlangt. Wäre der Sozialismus-Mann dazu in der Lage, dann könnte er wirklich mehr wie der Allerwelts-Medizinnmann Schäfer ist, der zwar seinem großen Preis von Patienten jede Krankheit vertriebt, aber doch kein Heilmittel für alle Gebrechen dieser irdischen Welt wußte.

Wer am Ende der Flugblätter erwartet, das berühmte Alibi-Mittel genannt zu bekommen, wird sehr enttäuscht sein. Der Verfasser redet nur davon, daß die Gewerkschaften mit dem Geiste des Sozialismus und mit dem ersten gewerkschaftlichen Geiste erfüllt sein müßte. Er kann sich beruhigen. Dem beides ist in den Gewerkschaften von jeher vorhanden gewesen und ist auch jetzt noch vorhanden, und seine Flugblätter konnte deshalb ungehindert bleiben. Ihr Vorzug ist, daß sie sich von den aus diesen Kreisen sonst üblichen wüsten Beschimpfungen freihält, ihr Titel: „Wobin werden die freien Gewerkschaften gefeuert? Ein Mahn- und Warnruf an die deutschen Arbeiter.“ beruht zum Auf. Die Gewerkschaftsmitglieder aber, die auf den Kauf hineinfließen und einen eisernen Reugroßchen osfern, werden sie jedenfalls enttäuscht beiseite legen mit dem Bemerkten: Nicht zu machen!

Freiheitsbeschränkung für Klagen vor der Schlichtungskommission.

Ein Schneider hatte im Betriebe von Frau A. Wochenlohn bei Verfertigung von Militärschuhen erhalten. Er klagt auf Nachzahlung der Differenz zwischen dem erhaltenen Wochenlohn und dem Verdienste, der herausgekommen wäre, wenn man ihn in dem fraglichen Zeitraum nach dem Allortarif des Gardekorps entlohnt hätte. Solche Differenz ist bei Abrede von Wochenlohn nach der Uebung der Schlichtungskommission allerdings an sich nachzahlbar, weil der Tarif nur Stücklohn kennt und eine andere Art der Entlohnung nur mit ausdrücklicher ausnahmsweiser Genehmigung zuläßt.

Die Beklagte erhebt den Einwand der Verjährung, weil die Arbeit bei ihr am 5. Juni geendet hat, während die Klage erst im Oktober erhoben worden ist.

Die Schlichtungskommission für Militärschneiderarbeiten wies darauf den Kläger wegen Verjährung ab. Gründe: Nach den maßgebenden Bestimmungen des Bekleidungsamtes und seines Tarifs könnten vor der Schlichtungskommission die in Betracht kommenden Verionen nur Recht suchen spätestens innerhalb vier Wochen nach der letzten Lohnabrechnung. Diese Frist sei hier bei Klageerhebung längst verstrichen gewesen.

Zwischenmeisterin gegen Auftragnehmerin für Militärschneiderarbeiten.

Eine Frau A., die für die Firma Blaut u. Jöllner Militärschneiderarbeiten gefertigt hatte, bezw. hatte fertigen lassen, war während ihrer Beziehungen zu der Firma Zwischenmeisterin geworden, da sie sehr bald mehr als 100 Sachen wöchentlich lieferte. Sie hatte aber nicht den für Zwischenunternehmer bestimmten Tariffah erhalten, sondern den Satz, den der Tarif des Bekleidungsamtes als unentferten Arbeitslohn des letzten Arbeiters bezeichnet. Ihren Arbeiterinnen zahlte sie natürlich weniger. Infolge verschiedener Umstände und da sie damit rechnen mußte, daß die Arbeiterinnen gegen sie unter Bezugnahme auf den Tarif Ansprüche auf Nachzahlung geltend machen würden, so verklagte sie die genannte Firma auf Nachzahlung bis zur Erreichung des Zwischenmeisterlohnes. Im ganzen beanspruchte sie 1000 Mark.

Die Schlichtungskommission stellte sich auf den Standpunkt, daß die klagende Zwischenmeisterin nur unter der Voraussetzung die Nachzahlung verlangen könne, daß sie ihren Arbeiterinnen den „reinen Arbeitslohn des letzten Arbeiters“ zahle. Da das bisher nicht geschehen ist und die Arbeiterinnen nach den tariflichen Bestimmungen des Bekleidungsamtes sich eventuell auch direkt an den eigentlichen Auftragnehmer im Sinne des Tarifes, hier also an die Firma Blaut u. Jöllner, halten könnten, so kam man zu folgendem Ausweg: Frau A. erhielt keine Nachzahlung, aber der Vertreter der Firma Blaut u. Jöllner verpflichtete sich, bei Klagen der Arbeiterinnen der Frau A. die Differenzbeträge zu zahlen.

Druckfehler-Berichtigung.

In dem Bericht über eine Konferenz des Zentralvereins der Bildhauer in der letzten Nummer des „Vorwärts“, Hauptblatt 4. Seite, ist im 2. Absatz 5. Zeile fälschlicherweise statt beifolgt, beifolgt geiegt worden. Es ist das fummlos. Es muß heißen: „In der Holzbranche ist dauernder Uebelstand, daß die ver-langten Arbeitshäfte nicht beschafft werden können.“

Oskar Wollburg

Berlin N, Brunnenstr. 56 u. 57

Konfektionshaus für Damen- u. Mädchen-Bekleidung,

Neuheiten im Herbst- Winter.

Wie stets zuvor findet man bei mir auch jetzt noch größte Auswahl in Preisware, die ohne Heringschweine verkauft wird. Es bietet sich daher beste Gelegenheit, seinen Bedarf an erhablich billigen Preisen zu decken.

Kostüme	Paletots
Das Elegante L. d. Herbst	neue leichte Formen
44,- 59,- 78,-	19,75 28,- 39,-

Große Abteilung für Trauer-Bekleidung:

Frauenmäntel	Büsen u. Rocke
schwarz u. farbig, in ent-schiedenen Neuheiten, auch für starke Damen	aus Samt, Seide, Woll etc. in den modernsten Ausführungen
36,- 49,- 65,-	7,50 10,75 15,-

Kinder- u. Mädchen-Mäntel
aus Samt, Pflösch u. a. Stoffen sehr preiswert.

Außerdem bietet sich besondere Kaufgelegenheit in **Pflösch-Samt-, Breitschwanz Paletots u. Mänteln.**

Deutsche Moden

Winter-Äster
Winter-Überzieher
Winter-Joppen
Wetter-Mäntel

für Herren • Jünglinge • Knaben
Große Auswahl! — Billige Preise!

Hochfeine Anfertigung nach Maß!

Bezugsheinfrei Summi-Regenmantel
in edler Gewandung
Bezugsheinfrei Geb.-Pa.-Je / Pa.-Joppen

Baer Gohn

Quarstraße 29-30 • Berlin • 11 Preisstraße 11
Gr. Frankfurter Str. 20 • Begr. 1891 • Ed. Koch, Hauptstr. 10

Samstag von 12-2 geöffnet

Her mit dem Schutzhafgesetz! Weg mit dem Sprachenparagraphen!

Von Otto Landsberg.

Ein modernes Sprichwort sagt: „Es ist schon mancher liberale Minister geworden, aber es hat noch nie einen liberalen Minister gegeben.“ Das Wort ist nicht ganz richtig. Zwar ist es zutreffend, daß diejenigen liberalen Männer, die in Deutschland Ministerposten erlangten, konservativ regiert haben; ihr Vorbild war jener Schullehrer, der mit der Begründung konservativ wählte: „Die Liberalen sind schon meine Freunde, also muß ich mir noch die Konservativen zu gewinnen suchen.“ Aber liberale Minister hat es darum in Deutschland doch gegeben. Es waren konservative Männer, deren Klugheit ihnen sagte, daß in ihrer Zeit ohne liberale Reformen alles auf dem Spiele stand. Man denke an das Gesetzgebungswerk Stein's und des Bismarck vom Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre!

Herr von Bethmann Hollweg und sein Vertreter Herr Helfferich gelten für liberale Männer. Der letztere soll sogar eingetragenes Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei gewesen sein, was auch wohl richtig ist, da der Vorstand dieser Partei sonst ein Dementi nicht unterlassen haben würde. Der Reichskanzler ist davon durchdrungen, daß politische Schutt und Moder in ansehnlichen Mengen in Deutschland zu finden ist, der weggefegt werden muß; er gibt zu, daß in unserem Vaterlande die Sonne der Freiheit sich bis zum heutigen Tage starke Verdunkelungen hat gefallen lassen müssen; er weiß, daß das Wort „Jedem Tüchtigen freie Bahn“ bisher bei uns keine Geltung gehabt hat. Kurz, er glaubt an die Notwendigkeit weitgehender Reformen, und Herr Helfferich ist sicher derselben Meinung. Es ist im Hinblick auf die Eingangsworte ganz folgerichtig, daß beide Männer nichts tun, um ihre liberalen Anschauungen in Gesetzen zum Ausdruck zu bringen, daß sie vielmehr Einrichtungen, die ihnen abänderungsbedürftig erscheinen, mit aller Kraft stützen und daß Herr Helfferich es durch die Art, wie er arge Mißbräuche auf dem Gebiete der Verhängung der Schutzhafgesetzgebung — sagen wir im Interesse des Bürgerrechts — tabelt, nicht nur fertig bekam, das Zentrum und die Nationalliberalen gegen sich aufzubringen, sondern sogar die Konservativen davon abhielt ihn zu unterliegen!

Der Kanzler und sein Stellvertreter begehren im Gegensatz zu dem Prinzipien aus Genielland Kredit: nach dem Kriege wollen sie das Licht ihres Liberalismus leuchten lassen. Was ist die Folge ihrer Haltung? Sie haben durch ihre Verheißungen die Feindschaft derjenigen sich zugezogen, die an der Aufrechterhaltung der bestehenden Zustände interessiert sind, und durch ihre Passivität das Mißtrauen derer wachgerufen, die der Ansicht sind, daß Deutschland diesen Krieg durch Leistungen im Dienste der Freiheit zu rechtfertigen hat. Der Kanzler und sein Stellvertreter wissen, in welchem Umfang das deutsche Volk täglich Opfer bringt. Sie sagen, daß sie es lieben. Aber sie haben keine Vorstellung davon, wie sehr sie seine schwere Last erleichtern könnten, wenn sie sich anständig, ihren Versprechungen Taten folgen zu lassen. Wollen sie warten, bis es zu spät ist? Sie mögen sich gesagt sein lassen, daß die Waffen in dieser Zeit die Hoffnung auf eine bessere Zukunft brauchen, wenn sie sich aufrecht halten sollen, und daß diese Hoffnung realere Garantien nötig hat, als die unbestimmten Versprechungen von Männern, die selbst nicht wissen, ob sie zur Erfüllung imstande sein werden. Soll das deutsche Volk wirklich genötigt werden, die Erziehung seiner liberalen Staatsmänner durch verständige konservative herbeizuführen, die den Mut haben, heute schon zu tun, was nicht auf morgen verschoben werden darf?

Der Reichskanzler führt als Grund für die Aufschiebung des Reformwerkes die Notwendigkeit an, innerpolitische Kämpfe während des Krieges zu vermeiden. Als ob die Gehässigkeit, mit der er aus dem Hinterhalt angegriffen wird, und zwar gerade um seiner freiheitlich abgetönten Ansichten und Worte willen, durch entsprechende Taten gesteigert werden könnte! Weich er nicht, daß es von Millionen als ein Segen für das Land begrüßt werden würde, wenn der Kampf, der heute aus dem Dunkel von Konventionen geführt wird, in das Reichstagsgebäude verpflanzt würde, wenn er entbrennen würde um Ziele, deren Wegverpöndigung eine lärmende, zügellose Agitation unter einem auf Täuschung berechneten Banner anstrebt, wenn die Gegner einer Kursänderung Deutschlands genötigt würden, ihre Karten aufzudecken? Kämpfe um eine glückliche Zukunft des deutschen Volkes würden, auch wenn sie während des Krieges, und gerade wenn sie während des Krieges stattfänden, eine unerlöschliche Kraftquelle für Deutschland und diejenigen deutschen Staatsmänner bedeuten, die den Ehrgeiz hätten, in ihnen Führer der zum Rechte drängenden Massen zu sein.

Aber weshalb gegen das Argument polemisieren, daß das Reformwerk zur Vermeidung innerer Kämpfe bis zur Friedenszeit befristet werden muß? Hat es nicht den Anschein, daß es gar nicht ernst gemeint ist, wenn wir sehen, daß Deutschlands Staatskanzler auch solchen Reformen aus dem Wege gehen, die ohne Kämpfe zu erlangen sind?

Einmütig hat der Reichstag einen aus seiner Mitte hervorgegangenen Gesetzentwurf angenommen, der den bisherigen Zustand völliger Rechtlosigkeit der Schutzhafgesetzgebung um ein wenig erträglicher machen würde. Im Auftrage des Ältesten Ausschusses des Reichstages hat Genosse Scheidemann die Verbündeten Regierungen dringend aufgefordert, dem Gesetzentwurf so rasch als möglich ihre Zustimmung zu geben, und im Auftrage der Kommission ferner, die dem Gesetzentwurf seine jetzige Gestalt gegeben hat, rief er den Verbündeten Regierungen zu, daß sie eine schwere Verantwortung auf sich laden würden, wenn sie auch nur eine Minute zögern wollten, das Gesetz zur Verabschiedung zu bringen. Seitdem sind zwei Wochen ins Land gegangen, in denen über die Stellung der Verbündeten Regierungen zu dem vom Reichstag beschlossenen und von ihm als äußerst dringend bezeichneten Reform noch nichts bekannt geworden ist.

Am 5. Juni 1916 hat der Deutsche Reichstag mit der erdrückenden Mehrheit von 263 gegen 73 Stimmen die Aufhebung des Sprachenparagraphen des Vereinsgesetzes beschlossen. Nur die Konservativen und ein Teil der Nationalliberalen stimmten gegen den Gesetzentwurf, aber nicht etwa aus prinzipiellen Gründen. Denn beide Parteien hatten in der Kommission, die dem Reichstag die Änderung

des Vereinsgesetzes vorschlug, erklären lassen, daß sie in eine wohlwollende Prüfung des Anspruches der deutschen Staatsbürger nicht deutscher Muttersprache auf Vervollständigung in vereinsrechtlicher Beziehung eintreten wollten, aber erst nach dem Kriege. Der Beschluß des Reichstages, den Sprachenparagraphen auszumergen, hat keine Spur von Erregung im deutschen Volke hervorgerufen. Es wird ja wohl auch niemand so töricht sein, in der Rückkehr zu einem Rechtszustand, der bis 1908 bestanden hat, eine Gefährdung von Lebensinteressen des Deutschen Reiches zu erblicken.

Seitdem sind beinahe vier Monate verstrichen. Die Verbündeten Regierungen haben noch nicht die Zeit gefunden, zu dem vom Reichstag beschlossenen Gesetzentwurf Stellung zu nehmen. Sie hätten es in dem Zeitpunkt tun müssen, in dem der deutsche und der österreichische Kaiser ihren Entschluß, Polen wiederherzustellen, feierlich verkündet haben. Man erwartet, daß ein von Rußland abgezwungenes Polen einen Schutz der Zentralmächte gegen die russische Gefahr bedeuten wird. Soll diese Erwartung in Erfüllung gehen, so muß in den Köpfen und Herzen der Bürger des neuen polnischen Gemeinwesens eine Deutschland günstige Stimmung herrschen. Wie soll sie aufkommen, wenn die polnischen Staatsbürger innerhalb der Grenzpfähle des Deutschen Reiches unter Ausnahmefällen zu leiden haben? Die Einwilligung in die Aufhebung des Sprachenparagraphen könnte den Grundstein einer deutsch-polnischen Freundschaft legen; sie würde überdies eine besonders wertvolle Unterstreichung des in dem Manifest der beiden Kaiser enthaltenen Versprechens bedeuten haben. Und daran hat man in Regierungskreisen augenscheinlich nicht gedacht! Glücklicherweise kann das Versäumte nachgeholt werden, aber es muß schleunigst geschehen.

Das Schutzhafgesetz und das Gesetz über die Aufhebung des Sprachenparagraphen bedürfen sofortiger Verabschiedung. Und dann möge der Reichskanzler ungehemmt die Bahn betreten, auf der einem Volke, dem die Not der Zeit Pflichten ohne Ende auferlegt, die Rechte winken, auf die es sich durch seine Leistungen einen unentzehlbaren Anspruch erworben hat.

Politische Uebersicht.

Das Zivildienstgesetz im Reichstag.

Der Reichstag tritt Ende November oder Anfang Dezember zusammen. Der Hauptanstoß wird voraussichtlich schon früher seine Beratungen wieder aufnehmen.

Landtag und Polenmanifest.

Am Donnerstagabend und am Freitag vormittag sah man im Abgeordnetenhause einen seltenen Gast, den Grafen Westarp mit Herrn v. Heydebrand eifrig beraten. Und am Freitag nachmittag erblickte in dem Saale, wo man es so wenig eilig hat mit der Befreiung der Disziplinänder vom konfessionellen Zwangsunterricht, ein Antrag der Rechte und der — Nationalliberalen das Licht der Welt, der das Haus zu einer Erklärung veranlassen soll. In der Erklärung nämlich,

mit der Proklamierung des selbständigen Königreichs Polen unter Zustimmung und Verantwortung der Staatsregierung, ohne daß dem Landtage Gelegenheit zur Meinungsäußerung gegeben worden ist, ein Schritt getan ist, der wichtigste Lebensinteressen des preussischen Staates berührt.

Das Abgeordnetenhause spricht danach die bestimmte Erwartung aus, daß bei der endgültigen Ausgestaltung der Verhältnisse des neuen kulturellen und nationalen Bedürfnisse frei regelnden neuen Staatswesens dauernd wirksame militärische, wirtschaftliche und allgemein politische Sicherungen Deutschlands im Königreich Polen geschaffen werden.

Das Haus der Abgeordneten behält sich seine Stellungnahme zu etwaigen politischen Schritten, welche die Interessen der polnisch sprechenden Preußen betreffen, nach Maßgabe der weiteren Entwicklung der Verhältnisse völlig vor. Es erklärt aber schon heute keine Regelung der innerpolitischen Verhältnisse in der deutschen Ostmark für möglich, die geeignet wäre, den deutschen Charakter der mit dem preussischen Staate unlösbar verbundenen und für das Dasein sowie die Machtstellung Preußens und Deutschlands unentbehrlichen östlichen Provinzen irgendwie zu gefährden.

So eilig hatte man es mit diesem Antrag, daß sogar die übliche Angabe der Unterzeichner auf der Druckfahse fehlt. Man weiß also zunächst noch nicht, ob auch diejenigen Nationalliberalen mittun, die sonst nicht geneigt sind, den Landtag als Sturmbock gegen den Kanzler, der die Neuorientierung in Aussicht stellte, zu gebrauchen. Darüber wird aber die Abstimmung Klarheit bringen.

Die Stellungnahme der sozialdemokratischen Partei zu dem Polenmanifest ist aus dem von uns veröffentlichten Artikel Scheidemanns bekannt: so wenig wir dieser Maßnahme unbedingt zustimmen können, so wenig können wir als Sozialdemokraten Bedenken dagegen haben, daß Kongresspolen von der russischen Fremd- und Zwangsherrschaft befreit und zu staatlicher Selbständigkeit erhoben wird. Die Selbständigkeit begreift nach unserer Auffassung auch in sich, daß das Volk sich seine Verfassung und Gesetze selbst gebe. Da der Antrag Heydebrand-Friedberg-Jedlitz ganz ersichtlich die Fortführung der als fatalistisch bekannten Politik in Polen, Westpreußen und Oberschlesien fordert, die wir stets auf das schärfste bekämpft haben, so ergibt sich unsere Stellungnahme zu diesem Antrag von selbst.

Wir erblicken in diesem Antrag aber auch nur wieder den Versuch, die Politik des Reiches zu durchkreuzen. Es ist sehr begreiflich, daß die Erwählten des Dreiklassenwahlrechts eine Reichspolitik bekämpfen, dessen oft verkündetes inneres Programm gar nicht auszuführen wäre, solange dieses Wahlrecht und sein Ergebnis ihm im Wege ständen. Diese Tatsachen schreiben aber auch allen, die ein neues, ein anderes Preußen und Deutschland wollen, ihre Haltung vor. Es entspricht nur dem immer wieder durchbrechenden Grundcharakter der nationalliberalen Landtagsfraktion, daß sie auch diesen konservativen Vorstoß mitmacht.

Die Rechte hat die Polenfrage zur öffentlichen Diskussion gestellt. Wenn die Debatte einen Verlauf nehmen sollte, den nicht nur die um Heydebrand und Jedlitz zu bedauern, sondern

der auch dem Allgemeininteresse schädlich sein würde — die Verantwortung tragen die Herren Antragsteller ganz allein. Wenn eine solche Entwicklung etwa zur Verbreitung der Erkenntnis führen sollte, daß die Interessen Deutschlands in der Gut des Dreiklassenhauses nicht am besten ruhen, so werden wir es nicht sein, die das zu beklagen haben werden.

Abgeordnetenhause.

Das preussische Abgeordnetenhause erledigte am Freitag eine umfangreiche Tagesordnung in ungewöhnlich kurzer Zeit. Die verschiedenen während der Vertagung erlassenen Notverordnungen gingen an die zuständigen Kommissionen, der gemeinsame Antrag aller Parteien betr. die Erörterung von Lebensmittelfragen wurde der veränderten Staatshaushaltskommission überwiesen, nachdem Genosse Braun in einer Bemerkung zur Geschäftsordnung die bekannte Eingabe des Deutschen Landwirtschaftsrats mit wenigen Worten treffend geäußert und ein näheres Eingehen darauf für die weitere Beratung in Aussicht gestellt hatte.

Gleichfalls einer Kommission überwies das Haus den nationalliberalen Antrag betr. Ergänzung des Einkommensteuergesetzes. Die Regierung äußerte sich hierzu materiell nicht, sie begnügte sich vielmehr mit der Erklärung, daß sie bereit sei, sich an den kommissarischen Verhandlungen zu beteiligen.

Zu einem unerwarteten Zwischenfall kam es gelegentlich der Beratung des Antrags aller Parteien betr. Teuerungszulagen und Kriegsbeihilfen für Staatsbeamte, Staatsarbeiter und Volksschullehrer. Obwohl die Parteien sich dahin verständigt hatten, von jeder Erörterung im Plenum abzusehen, fühlte sich Abg. Febr. v. Jedlitz (ft.) genötigt, den Antrag in längerer Rede zu begründen. Angeblick war er dazu von Vertretern der Fraktionen beauftragt. Wie die Genossen Hirsch und Adolf Hoffmann feststellten, verstößt dieser Auftrag gegen den Beschluß des Seniorenkongresses, an dem auch Herr v. Jedlitz mitgewirkt hat. Interessant ist es, daß Herr v. Jedlitz und seine Freunde die Behauptung aufstellten, die Sozialdemokraten hätten zu der Vorbesprechung nicht hinzugezogen werden können, da keiner unserer Genossen zu finden war. Tatsächlich war zu der Zeit, wo die Besprechung stattfand, die Fraktion vollständig auf ihrem Zimmer verammelt. — Sachlich wurde zu dem Antrag nicht weiter gesprochen, auch er wurde unter Zustimmung der Regierung der verstärkten Staatshaushaltskommission überwiesen.

Nach Erledigung der Tagesordnung gab es noch eine Geschäftsordnungsdebatte, in der die Abgg. Friedberg (nl.), v. Campe (nl.) und Adolf Hoffmann die Versuche des Zentrums und der Konservativen auf Verschleppung der Beratung des Antrags betreffend Befreiung der Disziplinänder vom Religionsunterricht bekämpften. Entgegen den ursprünglichen Dispositionen findet nun doch am Montag nachmittag eine Plenarsitzung statt; auf der Tagesordnung steht nur die Beratung des von den Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen eingebrachten Antrags betreffend die Polenpolitik.

Teuerungszulagen für Beamte.

Die preussische Regierung wird, wie ein westfälisches Blatt aus Berlin meldet, der Forderung der Parteien auf Gewährung von einmaligen Teuerungszulagen für Beamte Folge geben. Sie handelt hierbei im Einverständnis mit der Reichsregierung und wird, voraussichtlich am 1. Dezember, die Zulagen in folgender Höhe auszahlen:

Table with 2 columns: Category and Amount. Categories include unmarried and married officials with different family sizes.

Diese Zuschläge erfordern für Preußen einen Aufwand von 50 Millionen Mark, für das Reich erfordern die gleichen Zulagen einen Aufwand von 25 Millionen Mark.

Des Kanzlers Antwort.

Auf eine Rundgebung aus Karlsruhe hat der Reichskanzler geantwortet:

„Ich begrüße die Erklärung führender Männer aus Baden Haupt- und Residenzstadt als ein erfreuliches Zeichen für die sich stetig durchsetzende Erkenntnis von dem obersten Gebot der Stunde, das von uns auch im Innern die Aufrechterhaltung einer geschlossenen Front gegenüber unserem Feinde verlangt. Nur im Besitz eines solchen Rückhalts vermag die Führung des Reiches die volle Macht des deutschen Volkswillens auf die Entscheidung des Krieges und die Beschleunigung eines siegreichen Friedens in die Waagschale zu werfen. Es ist unser aller Pflicht, unseren Feinden die Augen zu öffnen und erkennen zu lassen, daß nur ein eiserer Wahn auf eine angebliche Erschütterung des einigen und starken deutschen Siegeswillens Hoffnungen wecken kann.“

Die Klagen der Landwirtschaft.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat eine umfangreiche Eingabe an den Reichskanzler gerichtet, in der die Wünsche der Landwirtschaft und ihre Beschwerden zum Ausdruck gelangen. Die Landwirtschaft brauche bis zum kommenden Frühjahr mindestens 500 000 Tonnen Stickstoff, der beschafft werden müsse; „Ist es, was es wolle“. Geschehe dies nicht, so erscheine die Gefahr unabweislich, daß die Erträge der für die Volksernährung unentbehrlichsten Nahrungsmittel, wie des Getreides und der Hackfrüchte, sinken würden. Die Eingabe beschwert sich dann über zu geringes Verdien für die Räte der Landwirtschaft und beschuldigt sogar eine „gewisse“ — nicht näher bezeichnete — Seite der schamlos eingelegten Verächtlichkeit des Verhaltens der Landwirte in der Lebensmittelversorgung.

Der Landwirtschaftsrat wird doch hoffentlich damit nicht diejenigen königlichen Landräte meinen, die in so scharfen Worten gegen Kartoffeljuristhaller und andere Duckerer sich aufzutreten gezwungen sahen!

Weiter wird über ein Juviel an Verordnungen geklagt und Einspruch gegen Eingriffe in die landwirtschaftlichen Betriebe und ihre Produktionsverhältnisse erhoben.

Wenn jetzt der allgemeine Arbeitszwang kommen soll, so wird man doch wohl auch dem Staat das Recht zusprechen müssen, zur Sicherung der Volksernährung nötigenfalls durchzusehen, daß aus dem Boden alles herausgeholt wird, was herausgehoben möglich ist.

Am Ende becuft sich der Landwirtschaftsrat auf den Satz des Hindenburgbriefes, daß mit staatlichem Zwang erfahrungsgemäß nur wenig erreicht werde. Aber wie bekannt, hat der Generalstabchef gleichzeitig auch seiner Meinung Ausdruck gegeben, daß die Landwirtschaft noch nicht überall von der Notwendigkeit der höchsten Produktion, besonders an Fett, durchdrungen seien. Und er hat eine Agitation der Führer der Landwirtschaft in diesem Sinne gefördert. Ob eine so gehaltene Eingabe des Landwirtschaftsrats als eine solche Agitation wirken wird, ist leider stark zu bezweifeln.

Ausdehnung der Waffenprüfung.

Die Lebensmittelkommission der Stadt Köln hat sofort eine praktische Forderung aus der angeforderten Mobilmachung des Heimatheeres gezogen: sie hat 550 000 M. für weitere Stadtfächen und Speiseanstalten bewilligt. Bisher sind der Stadtfäche 30 000 Personen angeschlossen. Die Speisen werden den Abonnenten in allen Stadtteilen zugeführt, können aber auch ohne Trinkzwang in Gastwirtschaften eingenommen werden. Bisher schon hatten die Einrichtungen einen Wert von 1 000 000 M., jetzt kommt eine weitere Million hinzu.

Die Reichstagswahlwahl in Köln.

Man schreibt uns:

Die Stellung des Zentrums zu der am 5. Januar stattfindenden Kölner Wahl ist noch immer nicht geklärt. Eine Gruppe um die „Kölnische Volkszeitung“ treibt zum Wahllampf, eine nicht minder einflussreiche Gruppe um den bekannten Zentrumspolitiker Julius Bachem will das Mandat burgfriedlich im Besitze der Sozialdemokratie lassen. Nach den Informationen des Herrn J. Bachem nächststehenden „Düsseldorfer Tageblatt“ will man in den leitenden Kreisen der rheinischen und der Kölner Zentrumspartei von einer Zentrumskandidatur nichts wissen. Die „Kölnische Zeitung“ schärft gleichfalls dem Kölner Zentrum erneut ein, es müsse unbedingt feststehen, daß das Zentrum angeichts des Burgfriedens von der Aufstellung eines Kandidaten Abstand zu nehmen hätte. Das nationalliberale Blatt verweist sich sogar zu einer scharfen Drohung an die Zentrumspartei: „Hätte sie die Absicht, den Burgfrieden zu brechen, um für sich ein Mandat zu gewinnen, so setze sie sich der Gefahr aus, daß die übrigen Parteien zur Wahrung des Burgfriedens gegen das Zentrum auf den Plan träten.“

Unser Kölner Parteiblatt meint zu diesem Hin und Her zuversichtlich: „Wenn man vermittelst geheimer Wahl vor aller Welt feststellen will, wie im dritten Kriegswinter die Stimmung einer Großstadtbevölkerung beschaffen ist — nur zugestehen. Wir werden die Leidtragenden nicht sein.“

In Bremen heißt das Burgfrieden! In Bremen hat am 16. November das „Konkave“, das aus fünf Senatoren und fünf Bürgerchaftsmitgliedern besteht, den konservativen Gruner in den Senat gewählt. Die Linke, die 68 von 129 anwesenden Bürgerchaftsmitgliedern angehört, die also über die entscheidende Mehrheit verfügt, verließ zum Zeichen des Protests den Saal!

Abgeordnetenhaus.

30. Sitzung. Freitag, den 17. November, nachmittags 3 Uhr.

Am Ministertisch: v. Loebell, v. Sydow, Bessler. Debattelles wird die Genehmigung einer Reihe von Notverordnungen erteilt.

Eine Denkschrift betr. Versuche zur Prüfung der Luftdurchlässigkeit und der Feuerbeständigkeit weicher Dachgedächter wird an die Budgetkommission verwiesen.

Es folgt die Beratung des Antrags v. Bodelberg (L.), der von Mitgliedern aller Parteien unterstützt ist und die Regierung ersucht, in der verfallenen Staatsausgabenkommission Auskunft zu geben, welche Maßnahmen sie auf dem Gebiete der Versorgung der Bevölkerung mit

Kartoffeln, Fleisch, Fett und Zucker

getroffen habe oder zu treffen gedenke.

Präsident Graf Schwerin-Löwig schlägt vor, den Antrag ohne Debatte an die Kommission zu verweisen.

Abg. Braun (Soz.): Um der zweckmäßigen und schnellen Behandlung der dem Antrage zugrunde liegenden lebenswichtigen und brennenden Frage zu dienen, hat meine Fraktion wie in früheren Fällen aus diesem, der zwischen den Parteiführern getroffenen Vereinbarungen zugestimmt, den Antrag ohne Debatte an die Kommission zu verweisen. — Ich kann Ihnen aber nicht verhehlen, daß die gerade heute erfolgte Veröffentlichung der

Eingabe des Deutschen Landwirtschaftsrats

an den Reichsanwalt vom 13. d. M. es uns sehr schwer macht, diese Frage zu halten. Denn in dieser Eingabe wird gegen die Arbeiterbevölkerung und die Zeitungen, die — übrigens wie selbst preussische Landräte und andere behördliche Stellen — den Lebensmittelpreiser gewisser Landwirte zu scharf gegeißelt haben, der Vorwurf erhoben, (Unruhe rechts).

Präsident Graf Schwerin-Löwig: Das ist nicht mehr zur Geschäftsordnung.

Abg. Braun: Ich will nur ganz kurz motivieren, weshalb uns das Einhalten unserer Zusage erschwert wird. Es wird also da der unerhörte Vorwurf erhoben, sie hätten dadurch in scha-m-losester Weise (Abg. v. Pappenheim (L.): Geschäftsordnung!) die Landwirtschaft beschimpft. — Gleichwohl halten wir uns an die getroffene Vereinbarung und stimmen aus den eingangs erwähnten Gründen der debattelosen Ueberweisung an die Kommission zu; werden aber doch, wie später auch im Plenum, Gelegenheiten nehmen darzutun, daß es sich bei der Frage der Volksernährung nicht so sehr um die Sicherung recht hoher Profite für die Lebensmittelherzeuger und -händler handelt, wie einzelne Interessengruppen anzunehmen scheinen, sondern daß dabei vielmehr

Leben und Gesundheit weiter Volkskreise,

vornehmlich der minderbemittelten, auf dem Spiele stehen und daß durch die Festsetzung der bisherigen, die Produzenten- und Händlerinteressen über Gebühr begünstigenden Lebensmittelpolitik die Widerstandskraft des Volkes und damit die Sicherheit unseres Landes auf das schwerste gefährdet wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag geht an die verstärkte Budgetkommission. Ein Antrag Schwedendiek (natl.) und Genossen betr. Ergänzung des Einkommensteuergesetzes geht nach kurzer Debatte ebenfalls an die Budgetkommission.

Es folgt ein von allen Parteien unterstützter Antrag v. Bodelberg (L.) betr.

Teuerungszulagen und Kriegsbeihilfen.

für Staatsbeamte, Staatsarbeiter und Volksschullehrer.

Finanzminister Dr. Lenke: Die Regierung hat der wirtschaftlichen Lage der Staatsbeamten und Lohnangestellten seit Beginn des Krieges die allergrößte Aufmerksamkeit zugewendet. Mit Zustimmung dieses Hauses sind den Beamten bereits wiederholt Kriegsbeihilfen, nach der Anzahl der Kinder abgestuft, bewilligt worden. (Der Minister führt diese Leistungen im einzelnen an.) Was nun den vorliegenden Antrag anlangt, so hat die Regierung auch ihrerseits durchaus schon gewürdigt, daß es notwendig ist, in dieser ganz besonders teuren Zeit etwas ganz Besonderes zu tun. Es soll den Beamten und Lohnangestellten, auch denen mit über 3000 M. Einkommen, und auch den Unverheirateten und Kinder-

losen ein einmaliger größerer Betrag als Beihilfe gegeben werden und zwar abgestuft je nach den Teuerungsverhältnissen im Dienstort. — Der Minister schließt mit Worten wärmster Anerkennung für die vermehrte Arbeitsleistung der Beamten und mit dem Dank dafür, daß sie bestrebt waren, sich mit der Teuerung abzufinden, ohne nach Staatshilfe zu rufen. (Beifall.)

Was gilt der Seniorenkonvent?

Abg. Freiherr v. Jodlitz (fl.) schließt sich den Worten des Ministers an und fährt fort: Wo es sich um Fürsorge für Beamte und Arbeiter handelt, da kennt dieses Haus keine Parteienunterschiede. Die Beamten und Arbeiter wissen, daß sie auf das Abgeordnetenhaus rechnen können. (Beifall rechts.) Auch die Lehrer müssen bedacht werden; wir haben für sie ein warmes Herz.

Abg. Dirsch-Berlin (Soz.) — zur Geschäftsordnung: Die Vorsitzenden der Fraktionen hatten sich dahin verständigt, daß der Antrag überhaupt nicht begründet wird, damit nicht das üble Wettrennen der Parteien stattfindet. Der Redner hat sich daran nicht gehalten, sondern hat, angeblich im Namen der Parteien, den Antrag doch begründet. (Hört! hört! links.) Ich unterlasse es, jetzt Folgerungen daraus zu ziehen, stelle aber fest, daß ein solches Vorgehen in Zukunft recht üble Folgen haben kann. (Zustimmung links.)

Abg. Delius (Sp.) bedauert gleichfalls das Vorgehen des Abg. Jodlitz.

Abg. Freiherr v. Jodlitz (fl.): Ich war bei diesen Vereinbarungen nicht zugegen. (Widerspruch links. — Zuruf des Abg. Adolf Hoffmann: Körperlich ja! — Weiterkeit.)

Abg. Dirsch-Berlin (Soz.): Von einer in einer Konferenz der Fraktionsvorsitzenden beschlossenen Abmachung, daß Freiherr v. Jodlitz den Antrag begründen sollte, wissen wir nichts. Diese Abmachung kann also nicht in unserem Beisein erfolgt sein. Freiherr v. Jodlitz hätte jedenfalls so lokal sein müssen, in dieser Konferenz zu erklären, daß ein solcher Beschluß dem Beschluß des Seniorenkonvents widerspricht.

Abg. Dr. Schröder-Kassel (natl.): Es war verabredet worden, daß nur ein Abgeordneter zu dem Antrage sprechen sollte und zwar der Senior Freiherr v. Jodlitz.

Abg. Delius (Sp.): Das Gegenteil ist richtig. Herr v. Pappenheim hat mir ausdrücklich bestätigt, daß nicht gesprochen werden sollte.

Abg. Schmedding (Z.) bestätigt die Richtigkeit der Angaben des Abg. Dirsch.

Abg. Ad. Hoffmann (Soz.): Als im Seniorenkonvent erörtert wurde, ob Interpellation oder Antragsform zu wählen sei, wurde die Form des Antrags ausdrücklich mit dem Dimoveis gewählt, daß niemand dazu sprechen solle, daß aber bei einer Interpellation sich eine Besprechung nicht ausscheiden lassen wird. Gegenüber dem Vorschlag, Herrn v. Jodlitz als dem Ältesten das Wort zu geben, ist ausdrücklich Verwahrung eingelegt worden. In der Seniorenkonvent-Sitzung von 12 Uhr ist ausdrücklich der Beschluß gefaßt worden, daß niemand sprechen soll. Weder der Abg. Freiherr v. Jodlitz noch ein Vertreter der anderen Parteien hat ein Wort davon gesagt, daß der Freiherr v. Jodlitz beauftragt worden ist und nun dementsprechend handeln wird. Jedenfalls konnte man einen Beschluß nicht fassen, ohne die Mitunterzeichner des Antrags zu fragen. Das ist nicht geschehen. Damit hat man das gegebene Wort gebrochen. Sie können es uns nicht übernehmen, wenn wir künftig unsere Konsequenzen daraus ziehen.

Abg. Schmedding (Z.) stimmt dem Abg. Schröder zu.

Abg. Freiherr v. Jodlitz (fl.): Wir wollten erst eine Interpellation einbringen, haben sie aber zugunsten des gemeinsamen Antrages zurückgezogen.

Abg. Dirsch (Soz.): Am 12. Uhr war unsere Fraktion vollzählig in ihrem Zimmer anwesend. Hätte man uns finden wollen, so würde man uns mit leichter Mühe gefunden haben. Ich möchte dagegen Verwahrung einlegen, daß in Zukunft Beschlüsse des Seniorenkonvents durch Vereinbarungen von Fraktionsvertretern über den Hausen getroffen werden.

Abg. Dr. Wagner-Breslau (fl.) bestätigt die Darstellung des Abg. Schröder.

Abg. Ad. Hoffmann (Soz.) stellt fest, daß man seine Fraktion weder im Fraktionszimmer noch im Plenum um ihre Zustimmung zu dieser angeblichen Vereinbarung ersucht hat. Es ist also absichtlich das im Seniorenkonvent Besprochene nicht gehalten worden, und Sie können es uns in Zukunft nicht verdenken, wenn wir uns dann auch nicht danach richten.

Präsident Graf Schwerin-Löwig erklärt, daß das Protokoll der Besprechung der Fraktionsvorsitzenden mit ihm ergebe, daß keine Erörterung über den Antrag im Plenum stattfinden sollte. (Lebhafte Hört! hört! links.)

Damit schließt die Geschäftsordnungsdebatte. Der Antrag selbst geht an den Staatshaushaltsausschuß.

Die Tagesordnung ist erschöpft, der Präsident schlägt vor, die nächste Sitzung zu halten Montag, nachmittags 4 Uhr, mit der Tagesordnung Antrag Lehren (fl.) auf Aenderung des Kommunalabgabengesetzes in der Richtung, daß das Militäreinkommen von Offizieren des Beurlaubtenstandes nicht zur Gemeindefinanzsteuer herangezogen werden darf, danach Antrag v. Heydebrand (L.)-Dr. Friedberg (natl.)-v. Jodlitz (fl.) über die Proklamation des Königreichs Polen. Nunmehr steht eine umfangreiche Geschäftsordnungsdebatte ein.

Verhüllung des Dissidentenantrags.

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Wir müssen unsere Zeit zusammenhalten, um zu Beginn der Etatsberatung mit den anderen Ausschussarbeiten fertig zu sein. Nun hat heute der Unterrichtsausschuß beschlossen, den wichtigen Antrag, wonach Dissidenten Kinder vom Religionsunterricht befreit werden sollen, abzugeben und erst Ende Januar seine Beratungen wieder aufzunehmen. (Hört! hört! links.) Ich muß in aller Öffentlichkeit auf das entschiedenste Verwahrung gegen eine solche Verhüllungstendenz einlegen, zumal es sich hier um gewichtige Gewissensbedenken eines Teils unserer Mitbürger handelt. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Ad. Hoffmann (Soz.): Ich schließe mich dieser Verwahrung an, muß aber vor dem Hause und vor dem Lande feststellen, daß das Zentrum beantragt hat, den Dissidentenantrag bis über den Krieg hinaus zu vertagen (Weiterkeit und Unruhe links.) Als ich sagte, daß wir dann nicht wieder wie voriges Mal uns dazu veranlaßt fühlen werden, die Dissidentenfrage beim Kultusetat nicht zu besprechen sondern dies in aller Breite zu tun gezwungen sein werden, wurde von konservativer Seite der Vorschlag gemacht, die Sache so zu behandeln, daß sie vom Ausschuß vor Beginn der Beratung des Kultusetats erledigt sei. Diese Verhüllung wurde damit begründet, daß einige neue Mitglieder in die Unterrichtskommission eingetreten sind, die von ihrer Fraktion noch nicht orientiert seien. Mit Hilfe dieser neuen Mitglieder kann man die Vertagung schließlich auch bis nach dem Kriege hinauszuziehen, denn es werden sich immer ein paar „Richtorientierte“ finden. (Weiterkeit.) Wir sehen nur eine Verhüllung in dieser Absicht. Solange ich dem Hause angehöre, wurde dieser Antrag schon drei- bis viermal verhandelt, und jedesmal hat das Zentrum im letzten Augenblick verstanden, ihn nicht an das Plenum gelangen zu lassen. (Lebhafte Hört! hört! links.)

Abg. D. Traub (Sp.) schließt sich der Verwahrung Dr. Friedbergs gleichfalls an und bedauert lebhaft, daß gerade bei dem Dissidentenantrag ein derartiges Verfahren eingeschlagen wird. Gerade während des Burgfriedens wäre die beste Zeit gewesen, ohne Leidenschaft und in Ruhe diese Dinge zu überlegen und endlich zu einem guten Ende zu führen. (Beifall links.)

Abg. v. Campe (natl.): Ich bin feinerzeit auf Wunsch anderer Parteien mit Herrn Hoffmann in Verbindung getreten, damit die Dissidentenfrage nicht beim Kultusetat besprochen werde. Das war schwer durchzuführen, und nur, indem ich meinen Einfluß für die Erledigung des Antrags im Ausschuß aufzubieten versprach. Ich schließe mich also aus persönlichen wie aus höchsten sachlichen Gründen der Verwahrung Dr. Friedbergs an. (Beifall links.)

Präsident Graf Schwerin dankt Dr. Friedberg für die Wahrung seiner eifrigen Kommissionsarbeit, die sehr nötig sei.

Abg. Ad. Hoffmann (Soz.): Glauben Sie nicht etwa, daß Sie es so machen können, kurz vor dem Kultusetat die Dissidentenfrage anzuschneiden, um sie dann wieder zu verschleppen. Das Zentrum war dabei noch am ehesten, indem es die Vertagung bis nach dem Kriege verlangte. Und aber können Sie es in Zukunft nicht verüben, wenn wir an das Wort denken: „Wer einmal lügt dem glaubt man nicht!“ (Heitere Zustimmung links.)

Abg. Dr. Heß (Z.): Verschleppen liegt uns fern, aber der Antrag kann den Burgfrieden stören. (Lachen links.) Wir wollen warten, bis wir Kopf und Herz freier haben; es gibt jetzt doch Dinge, die für jeden Deutschen ungleich wichtiger sind als dieser Antrag. (Unruhe links.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Kann es etwas Wichtigeres geben, als unsere Mitbürger von Gewissensqualen zu befreien?

Abg. Ad. Hoffmann (Soz.): Keine Verschleppung, Herr Dr. Heß? Das glaubt Ihnen ja kein Mensch! Und Sie reden vom Burgfrieden? Eine Judenkauf ist war mit ihm wohl nicht vereinbar?! (Stürmische Zustimmung links.) Sie schieben den Burgfrieden vor, wenn es Ihnen paßt, statt die Sache in anständiger Weise zu erledigen und wie es einem Kulturstaat gebührt, der ja Preußen auch sein will. Jahrelang haben Sie die Angelegenheit verschleppt und dadurch Beunruhigung geschaffen; Sie vergrößern jetzt diese Beunruhigung, und auch an der Front, wo die Dissidenten genau so gut ihr Blut hergeben müssen und ihre Pflicht erfüllen wie jeder andere. Sie haben uns bei der vorigen Beratung des Kultusetats durch Täuschung dazu veranlaßt, auf die Besprechung der Dissidentenfrage zu verzichten, und jetzt sind Sie wortbrüchig geworden! (Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Große Unruhe im Zentrum und rechts. — Der Präsident erucht, nicht so scharfe Ausdrücke zu gebrauchen.)

Abg. Dr. Heß (Z.): Könnten wir nicht mit demselben Recht wie Sie die Dissidentenfrage, die Paritätsfrage aufschreiben? Was würden Sie dann sagen? (Sehr richtig! im Zentrum.) Wenn die Dissidentenfrage bis zur Beratung des Kultusetats, bei der sie ja nur im Plenum besprochen werden kann (Widerspruch links), vom Ausschuß durchberaten ist, so kann Ihnen das doch genügen. Wir bleiben aus guten Gründen auf unserem Standpunkt stehen.

Abg. Dr. v. Campe (natl.): Während der ganzen nächsten Woche wäre mehr Zeit zur Behandlung im Unterrichtsausschuß. Die Scharfe der Auseinandersetzung wird durch eine solche Art der Handhabung einmal getroffener Vereinbarungen nicht gemildert werden.

Abg. Ad. Hoffmann (Soz.): Ich stelle fest, daß die Vereinbarung damals auch mit dem Zentrum getroffen war, mit dem man allerdings nächstens nur noch in Form eines notariellen Aktes wird Vereinbarungen schließen können. (Heiterkeit.) Sie erklären doch sonst selbst immer, daß der Religionszwang für Dissidenten unheilvoll sei. Warum verschleppen Sie also dann den Antrag? Kommen Sie doch mit der Paritätsfrage, bei uns werden Sie jede Unterstützung für die Gleichberechtigung auch Ihrer Kirche bekommen; wir fordern aber auch für Anderdenkende gleiches Recht! Sie sagen, Sie wollen es, aber Sie hintertreiben es. Wo bleibt denn die schönen Worte, daß es jetzt keine Partei- und Konfessionsunterschiede gebe? Hintertreiben Sie also nicht auf solche Weise eine notwendige Reform, indem Sie sogar Wortbruch üben. (Der Präsident rügt diesen Ausdruck.) Ich habe keinen andern Ausdruck für dieses Vorgehen.

Abg. Gehren (konf.) erklärt in Vertretung des nichtanwesenden Vorsitzenden der Unterrichtskommission, es werde wohl möglich sein, doch wohl früher eine Sitzung der Unterrichtskommission abzuhalten.

Abg. Dr. Forst (Z.) fordert als Vorsitzender der Zentrumskommision den Abg. Ad. Hoffmann auf, diejenigen Fraktionsmitglieder zu nennen, die sich des Wortbruchs schuldig gemacht hätten und die Vereinbarung, die sie gebrochen hätten.

Abg. Dr. Heß (Z.) beruft sich darauf, daß der heute im Unterrichtsausschuß angenommene Abhebungsantrag nicht ein Zentrumsantrag, sondern — ein konservativer gewesen sei.

Abg. Ad. Hoffmann (Soz.): Der Zentrumsantrag auf Vertagung bis nach Kriegsende hatte keine Aussicht auf Annahme, und weil die Trauben zu sauer waren, brachten die Konservativen ihren Antrag ein. Herr Forst erwidert ich, daß ich nicht einzelne Zentrumsabgeordnete, sondern die ganze Zentrumspartei hier im Hause verantwortlich gemacht habe, und das mit Recht. Man hat uns zum Verzicht auf die Vertagung im Plenum bewegen, indem man uns versprach, die Sache gleich in der Kommission zu behandeln; hätten Sie gesagt, daß die Ausschussberatung verschleppt werden soll, so wäre die Linke darauf natürlich nicht eingegangen. Und nunmehr verschleppen Sie die Sache, das ist glatte Wortbrüche. (Lebhafte Unruhe im Zentrum.)

Abg. Dr. Forst (Z.) weist den Vorwurf des Wortbruchs mit aller Entschiedenheit ab und erklärt, von einer Vereinbarung nichts zu wissen.

Abg. Gehren (konf.) verwahrt sich gleichfalls gegen diesen Vorwurf.

Abg. Ad. Hoffmann (Soz.): Wenn man nicht von jesuitischen Wendungen sprechen will, so muß ich den Vorwurf des Wortbruchs aufrecht erhalten. (Große Unruhe im Zentrum und rechts.)

Damit schließt diese Debatte. Die für Montag vorgeschlagene Tagesordnung wird genehmigt.

Schluß der Sitzung nach 6 Uhr.

Parlamentarisches.

Die preussischen Gefindeordnungen

standen in der Petitionskommission des preussischen Abgeordnetenhauses am Donnerstag zur Erörterung. Veranlassung dazu gab eine am 12. Januar 1916 vom Zentralverband der Hausangestellten eingereichte Petition. Sie ersucht um die Beseitigung der Gefindeordnungen und um die Unterstellung der Dienstboten unter die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches resp. der Gelehrtenordnung. In der Petition sind sieben Fälle barbarischer Dienstbotenmißhandlungen zum Beweis für den entwürdigenden Zustand angeführt, in dem die häuslichen und die landwirtschaftlichen Dienstboten sich befinden. Als jüngster Fall wird das sogenannte systematische Mißhandlungsverfahren der Frau Regierungsbauameister Schütte gegen ihre Dienstboten geschildert. Vor dem Charlottenburger Schöffengericht wurde am 2. Dezember 1915 der „quädelige“ Frau nachgewiesen, daß sie die Hundepetische als probates Erziehungsinstrument für Dienstboten betrachte. Die „Gnädige“ erhielt 500 M. Geldstrafe. Der Berichterstatter der Petitionskommission, der konservativen Abg. Dr. Wagner (Breslau), erklärte, auf die angeführten Mißhandlungsfälle käme es nicht an, sie könnten strafrechtlich geahndet werden, weil zweifellos schwere Ueberschreitungen des in den Gefindeordnungen zugelassenen „sanften“ Züchtigungsrechts der Dienstherren vorlägen. Es läme den Petenten auf die völlige Beseitigung dieses Züchtigungsrechts an und diesem Ersuchen müsse jeder modern denkende Mensch zustimmen. Gleiche Petitionen hätten die Kommission schon wiederholt beschäftigt, sie habe da nur Ueberweisung als Material“ beschlossen. Recht sei es aber doch an der Zeit, weiterzugehen. Er neige dazu, die Regierung um Berücksichtigung dieser Petition zu ersuchen und stelle außerdem eine Resolution in diesem Sinne. Der Regierungsvorsteher lehnte nicht alle vorgebrachten Argumente gegen die Gefindeordnungen ab, hat aber, sie der Regierung nur „als Material“ zu überweisen. Es handele sich um eine Reform, die viel Vorarbeiten erfordere, denn die altpreussischen Gefindeordnungen datieren seit 1810. (1) Gegenwärtig sei die Regierung wegen des Krieges mit so viel außerordentlichen Arbeiten belastet, daß sei die Zahl der Beamten so verringert, daß der verlangte Gegenentwurf doch nicht fertiggestellt

werden könne. Der Abg. Debus (freil.) erwiderte dem Regierungsvorredner, seine Gründe seien nicht durchschlagend. Nunmehr sei die Berücksichtigung der Petition notwendig. Der konservative Abg. Duchs sprach gegen Berücksichtigung, es genüge die Ueberweisung als Material. Das erlaube die Jüchtigungsrecht würde so gut wie gar nicht mehr ausgeübt. Mißhandlungsfälle verurteile jeder anständige Mensch. Abg. Dr. Bremer (nationalliberal) sprach sich für die Berücksichtigung der Petition aus. Zweifelslos sei auch das „sanfte“ Jüchtigungsrecht gegen Dienstboten ganz unzeitgemäß, auch überflüssig geworden. Im gleichen Sinne äußerte sich der nationalliberale Abg. Dr. Lieber. Von dem sozialdemokratischen Kommissionsmitglied, Abg. Hue, wurde erklärt, die Einwände gegen die Petition paßten gar nicht zu der Verheißung zukünftiger innerpolitischer Reorientierung. Die Gefindeordnungen seien Ueberbleibsel aus einer Zeit, in der das Untertanenverhältnis bestand. Dieser üble Erväter Haubrat wäre bis in unsere Zeit hinein künstlich konserviert worden und verleihe das moderne Empfinden der Arbeiter und Arbeiterinnen ganz besonders. Die Mißhandlungsfälle könnten strafgerichtlich verfolgt werden, sie würden auch vorkommen, wenn die Gefindeordnungen beseitigt seien, aber das erlaubte „sanfte“ Jüchtigungsrecht der Dienstherren reize brutale Naturen förmlich zu Mißhandlungen. Die Petitionskommission habe am 2. Juni 1910 einstimmig beschlossen, eine ähnliche Petition der Regierung als Material zu überweisen. Darauf sei nichts geschieden. Die sozialdemokratische Fraktion habe am 6. Februar 1911 die Vorseitigung der Gefindeordnung beantragt. Das wurde vom Plenum abgelehnt. Jetzt müsse den Petenten Rechnung getragen werden. Wenn die Regierung nun mit anderen Arbeiten überhäuft sei, so verlange ja kein Mensch, daß alle anderen Arbeiten liegen bleiben sollten, um ein Gesetz betr. Vorseitigung der Gefindeordnungen vorzulegen. Der Krieg gehe doch einmal zu Ende, und dann könne das verlangte Gesetz alsbald fertig gemacht werden. Der Bericht erstatter widerlegte noch einige gegen die Aufhebung der Gefindeordnungen vorgebrachten Einwände, ersuchte um Berücksichtigung der Petition und schlug folgende Resolution vor: „Die Königl. Staatsregierung wolle baldmöglichst den Entwurf einer Gefindeordnung für Preußen als Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch unter Aufhebung der bisherigen Gefindeordnungen vorlegen.“ Der Antrag auf Berücksichtigung der Petition wurde dann gegen die Stimmen der Konservativen, des Zentrums und eines Teils der Freikonservativen abgelehnt, die Ueberweisung als Material“ beschlossen. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Aus der Partei.

Für den „Vorwärts“. Die Versammlung des Vereins „Vorwärts“ vom letzten Donnerstag, die, wie wir schon gestern berichteten, von mehr als zwanzigtausend Berliner Parteigenossen besucht war, hat nach der Rede Scheidemanns folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heutige, von über 2000 Personen besuchte Versammlung des Vereins „Vorwärts“ erklärt in Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Genossen Scheidemann, unerrückbar an den Grundsätzen des Sozialismus festzuhalten. Sie ist einig in dem Bestreben und ist gewillt, alle Kräfte einzusetzen für eine baldige Beendigung des Krieges, für einen Frieden, der unter Ablehnung von Eroberungen jeder Art, die wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit, sowie die territoriale und politische Unversehrtheit Deutschlands sicherstellt.

Die Versammlung billigt in diesem Sinne die Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Sie verurteilt aufs Schärfste alle auf die Verreichung der Partei gerichteten Bestrebungen als schwerste Schädigung der arbeitenden Massen.

Wehr denn je ist eine einzige und geschlossene Sozialdemokratie notwendig im Interesse des Proletariats.

Die Versammlung verurteilt deswegen aufs Schärfste den gegen den „Vorwärts“ gerichteten Boykott, der darauf ausgeht, der Berliner Arbeiterschaft das wichtigste und schärfste Aufklärungs- und Kampfmittel zu rauben.

Der Abgeordnete Genosse Fritz Kunert schreibt uns: „Mit dem in der Beilage der Nr. 316 des „Vorwärts“ unter der Rubrik „Aus der Partei“ erwähnten Namensvetter aus dem 19. sächsischen Reichstagswahlkreis bin ich nicht identisch.“

Gerichtszeitung.

W. Verleumdung eines Gewerbegerichtsbesizers. Wegen Verleumdung des Reichstagsabgeordneten Alwin Köster in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Berliner Gewerbegerichts war der Buchhalter Friedrich Richter sowohl im ersten Rechtszuge, als auch im zweiten Rechtszuge nach einem Zwischenurteil des Kammergerichts vom Landgericht zu einer Geldstrafe von 30 M. verurteilt worden. Richter vertritt als Buchhalter der Berliner Maschinenbau-Aktiengesellschaft, vormalig Schwarzlopp, die Streitigkeiten der Gesellschaft vor dem Gewerbegericht. Die Kammer 5 des Gewerbegerichts hatte nun einigen Formern, die gegen die Gesellschaft klagten, Lohnansprüche zugestimmt, indem sie in ihrer „Rehrheit“, wie das schriftliche Urteil besagte, ein Versehen der Formier am fehlerhaftesten Gehalt und dem dadurch bedingten Eigenverlust nicht annahm. Wegen bestimmter Umstände glaubte die Direktion der Gesellschaft Schwarzlopp, es handele sich um ein Versehen, wie sie auch ein anderes, schon vorher erlangenes Urteil als Fehlurteil ansah. Und zwar nahm sie an, das Urteil sei in seinem Ergebnis auf den Einfluß des als Arbeitnehmerbesitzer mitwirkenden Reichstagsabgeordneten A. Köster zurückzuführen. Sie entschloß sich, durch eine Klage auf Schadenersatz wegen des Eigenverlustes die Sache der Formier E. und S. nochmal vor das Gewerbegericht in anderer Besetzung zu bringen, um den unter Mitwirkung Kösters gefällten Urteilen entgegenzutreten. Der Buchhalter Richter erhielt den Auftrag, den beiden Formern mitzuteilen, daß die Gesellschaft in ihrem Falle nur ausnahmsweise mal Schadenersatzansprüche erheben wolle, daß aber die beiden Formier selbst im Falle der Verurteilung keinen Schaden haben sollten, sondern daß man nur gewillt sei, der als absolut verfehlt anzusehenden Rechtsprechung der Kammer 5 unter dem Beistand des Reichstagsabgeordneten Köster „ein Ende zu machen“. Die Schadenersatzklage gewann die Firma später. Als nun in der Zwischenzeit der Buchhalter Richter den beiden Formern gegenüber seinen Auftrag ausführte, fügte er noch unter Bezugnahme auf den Arbeiterbesitzer Köster hinzu, daß dieser nicht richtig gehandelt und so lange auf

die anderen eingeredet hätte, bis sie auf seiner Seite waren. Schließlich gebrauchte Richter die Worte: „Der hat keine Ahnung, der versteht nichts von der Sache; er ist Former gewesen, kennt aber nur Bilderahmen. Dem wollen wir mal das Handwerk legen.“

In der Urteilsbegründung führte nun das Landgericht nach Feststellung des obigen Tatbestandes aus: „Nu den angeführten unächselichen, nur auf die Verurteilung des Nebenklägers gerichteten Darlegungen des Angeklagten Richter habe der Auftrag der Gesellschaft keinen Anlaß und keinen Anhalt geboten. Damit habe er nach Ueberzeugung des Gerichts gar nicht berechtigte Interessen wahrzunehmen wollen, sondern er habe mit ihnen seine persönliche Mißachtung des Nebenklägers zum Ausdruck gebracht. Unter dieser Voraussetzung aber stehe die Wendung: „Dem wollen wir mal das Handwerk legen“, die das Gericht als eine Verleumdung des Kösters ansehe, auch nicht unter dem Schutze des § 193 des Strafgesetzbuchs, der von der Wahrnehmung berechtigter Interessen handle. Es rechtfertige sich deshalb die Verurteilung.“

Der Angeklagte Richter legte Revision ein. Der Nebenkläger Köster wurde in der Verhandlung vor dem Kammergericht durch Rechtsanwältin D. Heine mann vertreten.

Das Kammergericht verwarf am Freitag die Revision und führte aus, daß dem Angeklagten ohne Rechtsirrtum der Schutz des § 193 verweigert werden sei.

Es bleibt also bei der Verurteilung Richters.

Ein Meineidsprozeß beschäftigte gestern die 1. Strafkammer des Landgerichts II. Die Anklage wegen fahrlässigen Meineids richtete sich gegen den Speisewirt Wilhelm Grunow in Schöneberg. Der Angeklagte betreibt seit einer Reihe von Jahren daselbst sein Geschäft. Seit dem Jahre 1908 wohnte bei ihm ein Ehepaar Anisjel. Sowohl der Ehemann, der sich am Geschäft beteiligte, soll Trinker gewesen, als auch die Frau nach der Voraussetzung zahlreicher Zeugen dem Trunke außerordentlich zugehört gewesen sein soll. Tatsächlich ist sie seinerzeit einmal in die Trinkerfürsorge der Stadt Schöneberg übergeführt worden, auch in die Landesirrenanstalt zu Teupitz ist sie gekommen und dort stellte der Arzt Dr. Sommerfeld die Diagnose auf chronischen Alkoholismus. Als im Jahre 1911 der Ehemann gestorben war, wurde sie verständigweise aus der Anstalt entlassen. Bis Juli 1913 hielt sie sich auch gut und sie betätigte sich im Geschäft des Angeklagten. Dann soll sie wieder in ihr altes Lafter verfallen sein, wie verschiedene Personen unter Verbringung von bestimmten Tatsachen behaupten und wie namentlich auch die Schwester Mathilde Pantel von der Fürsorgestelle für Alkoholkranke in Schöneberg bestätigt. Auf die wiederholten Vorhaltungen an Grunow soll dieser mehrfach geäußert haben, daß nach seiner Meinung die angeblichen Anzeichen der Trunkenheit auf ein nervöses Leiden der Anisjel zurückzuführen seien. Als auf Veranlassung der Schwester Pantel das Entmündigungsverfahren eingeleitet werden sollte, sträubte sich der Angeklagte gegen eine Ueberführung der An. in eine Anstalt; es wird behauptet, daß dieser Widerstand des Angeklagten sich erst gezeigt habe, als ihm klar gemacht worden sei, daß das Vermögen der An. in Höhe von mehreren tausend Mark gesperrt werden müßte. Dies soll ihn veranlaßt haben, dahin zu streben, daß er selbst Vormund würde. Er wurde dann in dem am 24. Juni 1914 vor dem Amtsgericht Schöneberg stattgefundenen Termin als Zeuge vernommen und machte dabei folgende eideschwörende Aussage: es sei ihm nicht bekannt, daß Frau Anisjel dem Trunke ergeben sei, die Anfälle derselben rührten nach seiner Ueberzeugung nicht vom Trunke her, auch wisse er nicht, daß Frau An. jemals betrunken nach Hause gekommen sei. — Diese Behauptung hat Anlaß zu der Anklage wegen fahrlässigen Meineides gegeben. Der Angeklagte tritt, seine Eidespflicht verletzt zu haben. Die Rechtsanwältin Dr. Bruno Isaac und Dr. Fritz Schumann führten die Anklage des Angeklagten, daß er stets die Meinung vertreten habe, die angeblichen Anzeichen der Trunkenheit seien in Wahrheit Nervenkrankheiten, auf die Befundungen mehrerer von ihnen geladener Zeugen. Außerdem beriefen sie sich auf das Gutachten des Geh. Sanitätsrats Dr. Otto dafür, daß es einem Laien fast unmöglich sei, mit Bestimmtheit zu erkennen, ob jemand Alkoholik sei. — Die Verhandlung nahm einen für den Angeklagten unerwarteten Verlauf: Die Strafkammer erklärte sich für unzulässig und verwies die Sache an das Schwurgericht, da der Angeklagte des wissentlichen Meineids dringend verdächtig sei. Gleichzeitig wurde der Angeklagte in Untersuchungshaft genommen.

Zu dem Gerichtsbericht in Nr. 315 des „Vorwärts“ über einen Verstoß gegen § 193 der N.-G.-O. wird uns vom Zimmererverband mitgeteilt, daß sich der Fall nicht in Berlin, sondern in Danzig abgepielt hat.

Aus aller Welt.

Ein Lebensmittelschieber grüßten Stils. Rünghen, 17. November. (W. L. B.) Die Polizeidirektion teilt mit: Ein Lebensmittelschieber grüßten Stils ist am 14. November, nachmittags, hier in dem Schreiner Adolf Mehlner aus Sachsen in dem Augenblick festgenommen worden, als er mit einem Barbetrag von etwa 2000 M. in der Tasche abreisen wollte. Mehlner, der vor dem Kriege als Spezialität Heiratschwindel betrieb und deshalb und wegen anderer Betrügereien vielfach, zuletzt mit drei Jahren Zuchthaus, bestraft ist, war von mehreren Lebensmittelfirmen in Westfalen und Sachsen, vor allem der Firma Georg Becker in Schwelm bei Barmen, beauftragt, im großen Stil Lebensmittel hier und auf dem Lande aufzukaufen. Mehlner wohnte seit über einem Jahre in einem hiesigen Hotel und hat in dieser Zeit nachweislich Lebensmittel, deren Ausfuhr verboten ist, waggonweise im Werte von mehreren Hunderttausend an seine Auftraggeber abgefandert. Die letzte Sendung, neun Kisten mit einem Gewicht von achtzig Zentnern, zum größten Teil Fleisch- und Wurstwaren, Speck, Butter, Käse, Honig, Mehl und Rarmelade, wurden bei einer hiesigen Expeditionsfirma unmittelbar vor der Abfahrt beschlagnahmt. Die beteiligten hiesigen Geschäfte, die die Lebensmittel an Mehlner unter erheblicher Ueberföhrung der Höchstpreise ohne Markenabgabe lieferten, sind zum größten Teil festgesetzt, ebenso als eine Anzahl Agenten und Stettenhändler, die Mehlner als Helfershelfer dienten. Die Bekanntgabe ihrer Namen bleibt vorbehalten, bis die umfangreichen Erhebungen beendet sind.

Verhaftung eines Mörders.

Magdeburg, 15. November. (Z.N.) Im Wartesaal 1. Klasse des hiesigen Hauptbahnhofes wurde heute mittag von 2 Kriminalbeamten der Arbeiter Karl Zuebbe wegen seines scheuen Benehmens festgenommen. Auf dem Wege nach dem Polizeipräsidium, wohin er auf seinen Wunsch geführt wurde, legte er das Geständnis ab, gestern abend um 8 Uhr beim Ragerbaue an der Leipziger Chaussee den Kaufmann Werloff aus Eisernstadt mit einer dreikantigen Feile erstochen zu haben.

Kämpfe an der brasilianischen Grenze. Bern, 17. November. Aus Lima wird gemeldet: In der Gegend von Ica, in der Nähe der brasilianischen Grenze, griffen Indianer die peruanischen Truppen an und töteten eine große Anzahl Soldaten. Die entfallenen Verstärkungen wurden von den Indianern gefangen. Die Regierung schickte neue Truppen. (Z.N. Bz.)

Ginrichtung. Freitag früh wurde in Schneidemühl der Raubmörder Westhof durch den Scharfrichter Groebler aus Magdeburg enthauptet.

Jugendveranstaltungen.

Arbeiter-Jugend Berlin-Wedding. Morgen Sonntag, abends 6 Uhr, in den Prachtzügen des Nordens, Gerichtstr. 31 (am Rettelbedplatz): Volkstheaterabend, bestehend aus Vortrag über: Das Volkstheater, Vorträge zur Konjunktur, Gesangsabend und Streichquartett. Einladungen a 10 Pf. sind bei allen Familienärzten zu haben. Gäste, besonders Eltern und Geschwister, sind willkommen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin. Tel.-Amt Werkplatz 10623, 3578. Bureau: Rungestraße 30.

Branchen-Versammlung Korbmacher

Sonntag, den 19. November 1916, vormittags 10 Uhr, bei Voelker, Weberstraße 17.

Tagesordnung: Bericht über die Verhandlung mit den Arbeitgebern. Die Ortsverwaltung.

Allgemeine Orts-Krankenkasse für Berlin-Brick.

Für die Wahlperiode bis 31. Dezember 1917 sind 12 Ersatzmänner aus den Reihen der Versicherten zum Vorstand der Allgemeinen Orts-Krankenkasse für Berlin-Brick zu wählen. Die Wahl findet unter Leitung des Vorstandes am

Sonntag, den 30. Dez. 1916, nachmittags von 6 bis 7 Uhr, im Kaiserhofal Bahnhof 62, statt. Gewählt wird nach dem Grundbesitzer-Verhältnißwahl nach Maßgabe der Wahlordnung.

Wir fordern hiermit die Versicherten auf, Wahlvorschlüge bis 2. Dezember 1916 im Kaiserhofal während der Zeit von 8-1 Uhr einzureichen. Die Stimmabgabe ist an diese Wahlvorschlüge gebunden.

Die zugelassenen Wahlvorschlüge können vom 4.-22. Dezember und die Mitglieder-Verzeichnisse vom 20. November bis 2. Dezember während der Stundenstunden eingehendet werden. Einsprüche gegen die Richtigkeit der sich auf dem Mitgliederverzeichnis ergebenden Wahl- und Stimmberechtigungen sind bei Beendigung des Ausschusses spätestens 4 Wochen vor dem Wahltag unter Befugung von Beweismitteln bei dem Vorstand einzulegen. 272/3

Der Vorstand. A. K.: K. Strauß, 1. Vorsitzender.

Berliner Genossenschafts-Bäckerei. (Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung) Am 2. Dezember, abends 8 Uhr, Gerichtstr. 23: Ordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und Aufsichtsrats, Vorlegung der Bilanz und Beschlußfassung über dieselbe. 2. Der Bericht des gerichtlichen Sachverständigen. 3. Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrats. 4. Neuwahlen. 5. Statutenänderungen. 6. Anträge und Beschlüsse. Die Bilanz liegt den Mitgliedern im Kontor, Gerichtstr. 23, zur Einsicht aus. 108/11

Der Vorstand. H. Michaelis, Paulsen.

Monatsgarderobenhaus M. Türkischer, Prinzenstraße 79, nahe Horitzplatz, offeriert in großer Auswahl Jacketts, Rocken, Paletots, Hüter, teils aus Seide, von Anwaltern kurze Zeit getragen (auch für farbige Figuren), zu billigen Preisen. Abteilung II. Ertrag für Wohltätigkeit. Durch wertvollsten Ankauf eines erstklassigen Warenlagers offerierte ich elegante neue Jacketts, Rock, Smoking-Anzüge, Paletots, Hüter trotz hoher Preissteigerung für nur 25-75 Mark.

Wagner und Zeisler. Jeder der hier die Buchhandlung, Vorwärts, Bestellungen sowie die jede Pflanzepostkarte entgegen.

Kranz Abraham
Fab. Messing u. Röhrenwerk-Kell.
C. 75 Baristr. 14, Fernsp. Kant. 13719
Central-Bad
Anzengruberstr. 25. A.
Koppenstr. 93
Diana-Bad
Südtische Bäder.
National-Bad, Brunnenstr. 9.
Passage-Bad
Kottbuser-
Damen 79.
Reform-Bad
Wieners-
Str. 65
Häcker- u. Konditorien
Oskar Hanke's Brotbäck.
75 Geschäfte
in allen Stadtteilen Berlins
sowie in Neukölln u. Treptow
Gründet 1892.
F. H. Hönig, Köpenickerstr. 16.
G. Meier, Grünauerweg 27.
Otto Wolff, Treptow, Kröllstr. 16

Er erscheint 2 mal wöchentlich.
Zachau, Gr.-Lichterf., Chaussee 57a
Engelmann, Gummiv.
R. Hauke, Stralauer Str. 56.
E. Kraus, Kommandantenstr. 55.
A. E. Lange, Brunnenstr. 106
Hütter, Tier, Käse
Wilhelm Göbel
25 eigene Pillalen.
Gebrüder Manns
48 eigene Detailgeschäfte
Schröter, R.
45 Verhaupteillen 43
August Holtz 17 Detail-

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Uhly & Wolfram
Bierbrauerei, Bierbrennerei.
Brauerei Bötzw
empfehlen
Qualitätsbiere
ersten Ranges.
C. Habels Brauerei
hell - Habelbräu - dunkel.
Mönchener Brauhaus
Berlin und Oranienburg
Trink Wänninger Bier!

Weissbier, C. Breithaupt,
Pallasstr. 97 Tel. 899, 2081, 2082
Drogen und Farben
Werder-Drogerie, Brick-Beckers-Str. 5a
Essigfabriken
Timmer-Essig
überall erhältlich!
Eisen, Stahl, Waffen, Werkz.
Carl Jung, Stromstr. 11.
Rühlmann, P.-Müllerstr. 40b, E.-Seest
Fleisch- u. Wurstw.
W. Beck
Inh.: Herm. Gerbach
Charlottenburg, Berlinstr. 68-69
Fleisch- und Wurstwarenfabrik
Willy Gerlach, Potsdamerstr. 31
Otto Kogel, Alte Jauchstr. 26

Herron- u. Knobengard,
J. Baer
Gudert-Str. 35, Ecke
Prinzen-Allee
Leake & Slupecki, Schick-Allee 7
Fabish & Co. Rosenb.-Allee 3.
Eckhaus Linienstr.
Häfe, Milzeu, Pelawaren
Vester, E. Kottbuser-
Damen 18/19
Kolonialwaren
Adam Schmitz, Schillmannstr. 11.
Mehlhandlungen
Bethke, Georg, Muckert-
str. 44
Karkilla, Elster-Str. 33, Kater-Friedr.
Str. 64, Wessert-159, Friedelstr. 23
Treptow, Grüt-Str. 64
Gaede, Otto Charlotten-
burg.
F. W. Sichter Wrangelstr. 70
Ecke Currystr.

Untenstehende Geschäfte empfehlen sich b. Einkauf.
Karz, Welt, Wollw., Ykoning
Hermann Meyer, Schillmannstr. 11.
Photogr. Apparate
M. Albrecht auch Gelogenhaltakt.
Nähmaschinen
Bellmann, E. Gollnowstr. 25
Nähmaschinen
Singer
Nähmaschinen
Läden in allen Stadtteilen.
Üntker, Mechaniker
Schubert, Carl-Niebu, Borgstr. 149
Schneidwaren
O. Prochnow, Kölln, Hermannstr. 69

Wohn-, Likör-, Fruchtstoffe
Zugo Boling
60 Filialen in allen Stadtteilen.
Herm. Meyer & Co. Act.-
Ges.
ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.
Underberg
Wahlrecht:
SEMPER IDEM.
Welt-Bitter.
Uhren u. Goldwaren
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 10
Versicherungen
„Deutschland“ Berlin
Arbeiterversicherung - Schützen-
Arbeiterversicherung - Straße 3.
Spandau
Schweizerstr., Berlin, 35, Fisch-, Wein-

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Prof.
Emil Oestreich
Reußstr. 34
am 14. November gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 20. November, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Thomas-Straßhofes in
Reußstr. 34, Germaniastraße, aus statt.
Die Ortsverwaltung.

Den Kollegen ferner zur Nach-
richt, daß unser Mitglied, die
Metallarbeiterin
Marie Januschewsky
Waldenstr. 64
am 14. November gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 18. November, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des St. Pauli-Kirchhofes in
Waldenstraße, Berliner Str., aus
statt.
125/17
Rege Beteiligung wird erwartet.
Die Ortsverwaltung.

**Verband der freien Gast- und
Schankwirte Deutschlands.**
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege
Franz Künsler
Danziger Str. 25, Bezirk 3,
am 15. d. M. verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonn-
tag, den 19. November, nach-
mittags 3 Uhr, von der Halle
des Debitus-Kirchhofes in Weigen-
see aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
die Ortsverwaltung.
75/5

Marken
Liefer seit 1879
WESTHOF
HAMBURG, I

Trenns Gedächtnis
zum 25. Geburtstag
meines lieben Sohnes
und Bruders, Ressen und Entfels,
des Landsturmmannes
Erich Heere
Ref.-Inf.-Reg. Nr. 208,
gefallen am 8. Mai 1916.
Die tiefbetrübtsten Eltern,
Bruder Max,
sowie im Felde,
und seine Schwester Elfe.
Reinholdstr. 42, Giebstr. 42.
Sein einziger Wunsch war Frieden
und ein Wiedersehen.
Wer ihn gekannt, weiß unsern
Schmerz.
15155

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor),
für Syphilis, Narn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage),
Blutuntersuchung, Schnelle, sichere,
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
störung. Teilzahlung.
Sprechstunden: 10-1 und 5-8

B. FEDER
Zentrale Norden: Braunenstraße 1
Filiale Ost: Frankfurter Allee 250
Filiale Süd: Kottbuser Damm 103
Filiale West: Charlottb., Scharrenstr. 5
(Ecke Wilmersdorfer Straße)
offiziell
unter günstigsten Zahlungsbedingungen
auf Teilzahlung
Herren- u. Damen-Garderobe
Knaben- u. Mädchenkleidung
in grosser Auswahl sehr preiswert
Polz-Kragen und Polz-Muffen
in einfacher und eleganter Ausführung
Anzeige mitbringen, 3 M. Wert!

Rummel, Otto Friedrich, Uni-
versal-Briefsteller, Geb. 3 M., Sud-
handlung Bornhörs, Lindenstraße 3
Universal-Briefsteller 3 Mart
Buchhandlung Bornhörs, Linden-
straße 3 (Naden).

2 Angebote!
Plüsch
Ohne Bezugschein!
Elegante Sealtuchmäntel mit sehr
feinbesetzten, Glockenformen, Modells,
entsprechende Aufmachungen, glatt,
Baldenplüsch, Prachtstücke
300,- 350,- 400,- 450,- 500,-
Wandervolle halblange Plüschmäntel
und Jacken
30,- 35,- 40,- 45,-

Polz
Ohne Bezugschein!
Rechte feine Plüschmäntel, Prachtstücke
(Modells) Persischer, Seal, sehr
Astrachan, mit breit. Verbrämungen
1200,- 1000,- 800,- 600,-
Phantasia-Plüschmäntel mit Illia, Seal,
Electric, Fohlen etc.
Pols-Oasitar Fuchs, Ners, Seal, Electric
400,- 375,- 350,- 325,-

**Seiden- und
Samtkleider**
100,- 75,- 50,-
Loden-Felertinnen,
Höcke aus Seide,
Samt Woll,
sehr billig!

Modell-Kostüme und Mantelkleider.
Breitklassige Neheiten, reinwollene Stoffe, das feinste auf dem Gebiete, Ersatz
für luxuriöse Maßarbeit, Samt mit Pelz, Kammgara, Tuck mit Verbrämungen,
Original-Modelle
300,- 200,- 175,- 150,- 125,- 100,- 95,- 75,- 65,-
Vorworn Kammgara, Charlot, Loden u. Phantasia-Winterkostüme 65,- 55,- 45,- 40,-
Vorjährige Winter- u. Sommer-Kostüme, darunter feine Modelle 35,- 25,- 24,- 18,-

**Astrachan-Mohr-,
Pilsch-, Kamm-
mäntel, aus
guten, alten
Qualitäten
sehr billig!!**

**Gummimantel, imprägn. Seiden- und
Lodenmäntel, tolle Friedensgummimantel-
mäntel, prachtvolle Farbenmischungen
in 3 Sorten Glockenformen
65,- 49,- 42,- 39,- 35,- 30,-
Mittelsche Gummimantel mit Kappe
17,- 24,- 22,- 20,- 18,-
Lodenmäntel mit Kappe sehr billig!**

**Freundes für stärkste Figuren
vorrätig.**

**Sonntags geöffnet
12-2 Uhr**

**I. Geschäft:
Mohrenstraße 37a
(Nahenden)**

Westmann

**II. Geschäft:
Or. Frankfurter Str. 115
(Inba. Anlaufsteig)**

Rabattkarten der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

Verband der Sattler u. Portefeuller
Ortsverwaltung Berlin.
Achtung! Treibriemensattler. Achtung!
Montag, den 20. November, abends 8 1/2 Uhr, in Schul' Bracht-
fäden, Rängstr. 17 (Eingang Röniggraben):
Branchen-Verammlung.
Tagesordnung:
1. Der Ablauf unseres Tarifvertrages und unsere Stellungnahme
dazu. 2. Brandangelegenheiten.
3. An Unbetragt der überst. wichtigen Tagesordnung, ist es not-
wendig, daß alle Kollegen, auch diejenigen, welche vorübergehend in anderen
Branchen Arbeit genommen haben, in dieser Verammlung erscheinen.
Die Branchenleitung.
158/19

Joseff-Cigaretten
Juno 2 1/2 \$
Vera 3 1/2 \$
Elfen 6 \$
einschl. Kriegszuschlag.
**Qualität
unverändert erstklassig!**



**S. Preussisch-Süddeutsche
(234. Königl. Preuss.) Klassenlotterie**

5. Klasse 10. Ziehungstag 17. November 1916 Sonnabend

Das je gezeigte Nummer sind zwei gleich hohe
Gewinne erhalten, und zwar je einer auf die Höhe
gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr u. E. u. f. S.) (Nachdruck verboten)

23 191 603 99 628 789 83 1210 99 (1000) 601 17 910 14 73
2040 329 418 56 666 713 888 (1000) 3063 241 51 646 746 882
923 76 (500) 411 228 484 66 678 891 5156 66 (1000) 247
606 76 94 001 1800 26 6241 (1000) 338 24 29 73 508 920 30
7029 116 27 83 99 349 63 406 84 607 746 73 90 1059 70
184 629 99 717 82 378 908 9422 (1000) 611 624 998 (1000)
1037 (500) 357 67 88 98 234 772 805 6 70 (1000) 932
1102 647 624 24 700 3 12299 (1000) 398 408 39 36 514 97
(500) 85 878 93 80 96 13218 (1000) 52 28 (1000) 349 476 602
894 928 99 14098 224 34 (1000) 64 39 373 109 231 1534 49
(1000) 541 716 848 87 19188 243 51 448 77 87 561 78 86
616 (1000) 17004 (1000) 100 44 46 (1000) 87 (1000) 236 418 38
(500) 78 644 46 18088 140 83 227 72 342 86 405 25 641 790
(1000) 818 19108 81 303 427 64 809 (500) 97 694 656 30
20032 178 85 63 80 408 20 40 60 690 676 730 80 (500)
628 21017 523 42 746 458 97 633 636 762 895 22601 607
23041 816 68 411 36 624218 99 476 586 816 818 68 916 61
63 26503 374 768 686 86 (500) 29008 636 872 911 86
72722 49 692 (500) 743 841 28142 56 214 41 600 (1000) 69
20254 298 614 710 929 997 (500)

30195 67 212 42 67 79 (1000) 338 67 (1000) 69 451 34 684
744 31100 8 290 410 63 97 609 (1000) 748 893 591 32098 969
33247 77 378 450 120 87 34066 698 (1000) 10 743 890 (1000)
61 508 35502 53 86 810 73 628 38159 603 679 647 741 73
67012 187 311 419 857 78 88442 113 600 (1000) 807 747
38000 139 784 94 338 76 (3000) 85 414 (500) 626 40 714 63
61 84 843 49 38

40294 164 284 66 258 83 527 774 811 30 935 4182 315
42 84 66 369 802 819 20 42131 475 670 703 46 (1000) 811
(1000) 43048 176 (1000) 388 78 358 (1000) 877 634 43 827
68 44018 106 80 541 672 874 726 51 60 99 841 63 45120
260 (500) 41 34 518 667 93 879 48173 208 90 369 400 865
260 (500) 609 (1000) 734 (500) 429 634 96 47480 (500) 48118
770 4 8041 64 398 406 582 (500) 632 76

10001 107 431 33 63 617 70 64 810 913 77 5124 308
77 469 632 44 67 (3000) 706 52486 612 61 95 821 27 81 64
53196 207 22 84 423 533 811 922 54198 468 589 673 85
744 67 893 998 55191 801 660 797 34 963 7 58069 181
200 (1000) 65 374 502 37 (1000) 43 647 87026 162 (500) 91 21
245 70 458 77 843 92 (1000) 718 83 878 56 963 85 58156 93
224 111 870 830 56 95 69230 301 431 (1000) 38 508 96 87
784 805 97

60112 83 (1000) 246 406 785 (1000) 917 97 81098 178 98
239 851 90 (500) 746 887 99 62103 206 42 (500) 418 563 619
833 45 813 (1000) 83989 797 486 85 (1000) 684 801 891
64019 187 (1000) 237 56 (1000) 77 378 473 (1000) 658 848 927
81059 279 423 40 (3000) 540 539 946 77 60073 104 68 976
607 988 67048 102 63 78 218 38 68 330 62 600 (1000) 636 64
630 (500) 88 838 88207 60 498 544 824 71 717 96 825 40 963
96 (1000) 80604 241 48 328 507 (500) 616 (1000) 21 92 706
70298 332 680 844 (1000) 967 71008 39 97 139 89 615 627
64 72 783 916 81 72029 37 44 46 183 289 377 417 27 628 896
949 (1000) 80 73024 369 440 180 681 887 74037 (500) 105
43 69 231 828 35 418 46 59 (1000) 92 699 66 (500) 732 81 804
75008 226 24 596 66 588 791 923 40 78049 997 863 659 11
61 74 831 7360 (1000) 492 571 816 811 91 914 72328 (100)
35 343 405 545 772 932 (500) 42 78044 108 (1000) 11 77 78
308 41 418 618

80088 298 368 688 67 738 620 81048 829 827 (1000)
84 87 82049 90 (1000) 108 279 776 954 848 808 82077 (1000)
120 (1000) 293 310 483 767 (1000) 936 78 84231 326 (1000)
431 680 674 88 16001 727 46 961 84 85068 149 64 234 (1000)
428 727 803 78 78 210 602 40 816 87108 431 44 88
611 722 849 61 904 80 88097 121 808 489 629 923 89030
108 14 878 (1000) 602 39 850 980 (3000)

80166 202 71 61 413 33 850 87 623 742 86 870 998 91068
117 26 38 246 64 313 55 569 866 99 82030 42 118 98 (3000)
833 43 811 671 671 89 859 811 93143 238 (1000) 39 301 426
802 (3000) 83 643 720 60 (600) 84139 274 601 787 46 59 81
907 88070 86 368 400 661 782 96 (500) 902 86 46 88032
164 277 350 36 571 (1000) 861 87026 98 150 (500) 27 74 81
848 785 88 999 88783 98 47 866 944 (500) 89050 115 (1000)
830 523 637 84 770 627 968 47

100143 918 609 95 943 101166 238 (500) 394 458 829
(500) 708 918 (1000) 102048 379 483 730 95 80 103090 219
401 38 850 881 104028 87 (500) 117 61 311 328 56 632 662
68 721 105062 (1000) 104 (500) 296 95 321 468 (1000) 844 106087
391 406 42 620 850 81 644 (1000) 708 89 69 300 107012
318 412 675 86 840 78 858 100283 416 46 97 680 102318
637 618 626 39 80 93 720 975

170006 108 348 400 604 18 630 44 77 (500) 740 (3000) 878
11014 28 184 388 97 (3000) 641 (1000) 867 900 (500) 112019

**S. Preussisch-Süddeutsche
(234. Königl. Preuss.) Klassenlotterie**

5. Klasse 10. Ziehungstag 17. November 1916 Sonntag

Das je gezeigte Nummer sind zwei gleich hohe
Gewinne erhalten, und zwar je einer auf die Höhe
gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr u. E. u. f. S.) (Nachdruck verboten)

10001 234 347 763 81 848 112300 484 807 9 (1000) 12 76 896
683 97 114112 97 (1000) 267 384 517 (1000) 24 742 84 112300
14 323 66 679 706 80 820 101128 99 304 485 887 893 724 893
117027 91 127 (500) 246 98 385 (3000) 441 657 941 95 767 810
62 118002 68 281 313 733 110109 268 312 13 446 86 665
702 38 (500) 629

120087 207 321 792 86 120086 317 99 (500) 432 88 617
19 842 47 706 (500) 927 122131 342 685 874 93 956 123065
138 64 204 73 421 616 736 82 959 77 124050 62 (500) 80 328
426 506 30 706 50 992 125089 246 89 341 48 667 62 803 24
88 120147 89 304 681 (3000) 658 772 97 844 900 31 43 63
(1000) 96 127019 64 247 (1000) 374 400 731 849 980 90
128111 489 526 49 761 881 129008 88 99 123 209 312
403 540 796 (1000) 620 24

150014 19 462 669 716 690 (500) 131029 86 106 302 351
624 74 59 687 132163 270 632 627 (500) 915 318 38 132003
48 77 (1000) 321 243 607 76 41 699 747 628 184040 96 167
(500) 228 45 48 (1000) 308 311 817 96 793 897 138041 113 216
(500) 62 69 (500) 527 642 706 906 49 59 128077 (3000) 128 69
215 71 (500) 608 739 70 (500) 80 (1000) 137156 316 482 675
79 627 704 43 (3000) 49 80 87 899 138021 215 633 98 493
138028 308 408 70 627 620 (500)

140002 49 (600) 61 150 256 65 92 808 43 74 811 86 90
141066 69 (500) 130 243 62 461 77 142190 207 (500) 29 597
633 81 (1000) 833 142197 316 447 623 68 601 60 761 665
144008 46 81 158 33 641 308 623 82 88 780 884 968 (1000)
145003 (500) 63 81 119 310 62 599 97 966 148000 108
339 412 620 (500) 39 546 86 567 147091 118 28 30 (500) 323
61 829 42 64 898 706 914 (500) 148093 300 (500) 459 49
(1000) 657 (500) 60 763 80 (500) 149046 47 134 203 69 300
83 468 567 (111) 597 74 (600) 94

150197 224 (500) 329 481 (1000) 777 862 65 (1000) 151164
23 (1000) 274 66 514 427 611 724 152017 329 76 600 718 836
138003 (500) 44 74 149 254 498 672 700 909 184039 (500)
730 79 843 913 31 35 150600 171 226 864 81 180600 219
32 308 46 609 759 858 948 187015 125 86 270 403 80 76 681
628 86 (1000) 801 703 80 158113 64 81 (3000) 54 86 308 441
86 842 (500) 78 207 833 931 159012 (500) 224 314 006
(500) 846 (1000)

160149 67 308 32 806 469 514 668 896 99 161082 (3000)
97 (500) 272 397 451 585 (500) 620 741 63 81 67 916 162116
418 42 637 67 44 793 948 96 163166 72 262 80 910 949
164109 219 79 79 (500) 388 400 695 819 819 868
(1000) 198 233 77 96 279 414 43 730 166045 64 74 183 281
659 730 (1000) 928 167187 489 831 660 85 733 (1000) 861
180194 (1000) 96 427 69 639 793 41 831 77 169449 160 94
227 326 99 421 629 (1000) 97 692 599 70 900
170142 224 170026 326 214 443 (500) 193068 173 209 50
170000 67 207 (500) 19 38 44 (500) 88 426 863 643 42 902 96
174071 123 244 165 306 67 660 660 69 719 175410 61 (1000)
650 600 618 23 178015 359 716 42 60 893 940 60 177008
149 234 964 456 61 67 77 178048 368 434 708 694 997
178281 67 94 (3000) 600 62 787 74 (1000)

180124 81 643 869 976 181042 138 48 203 (1000) 33 42
48 432 61 (1000) 718 802 911 182006 179 (600) 399 (1000)
468 649 894 843 919 183002 62 280 320 426 734 933 184006
(1000) 368 616 (500) 790 81 688 832 83 185041 61 508 708
964 180492 564 636 29 707 84 833 187171 778 602 891 65
86 188042 141 86 (500) 609 644 822 33 189000 24 178 98
231 83 301 54 785 815 26 81 714 944 943 (500)

190097 270 272 (3000) 723 66 804 39 191003 49 86 (1000)
321 48 43 400 36 692 707 68 64 813 192000 156 203 356 446
(500) 622 613 (500) 45 794 35 83 (500) 193068 173 209 50
330 62 67 685 702 32 92 612 25 97 194198 327 96 649 734
621 78 64 195049 423 (500) 683 (1000) 770 815 28 906 13 19
20 196466 86 633 720 622 197309 (3000) 87 375 (500)
862 743 198044 65 646 74 657 654 69 711 827 83 919 40 73
199056 277 201 656 67 703

200055 128 47 67 673 728 829 (1000) 201157 396 450
(500) 84 811 61 686 (1000) 769 817 909 202016 116 92 279
404 67 641 60 773 815 (1000) 19 203061 (500) 188 88 230
76 387 604 61 808 204801 64 440 46 660 578 997 205114
69 91 203 89 327 50 449 65 503 500 206133 232 50 876 91
643 55 790 83 930 (3000) 207368 884 99 612 (3000) 788 997
(1000) 70 208098 282 549 461 (1000) 633 (500) 77 749 80
979 209041 86 90 96 720 843

210007 542 963 927 82 86 (500) 211048 (1000) 87 210 (500)
548 97 482 630 791 977 92 212080 193 609 70 763 816 213250
70 796 639 211423 367 76 416 945 96 98 215043 64 (500)
603 8 743 524 211817 (3000) 59 222 38 48 (500) 70 848 440
605 79 931 217041 86 101 62 226 74 (500) 204 642 (500) 62
81 93 831 778 831 218105 213 71 422 (1000) 74 86 629 622
219020 47 328 462 78 638 636 68 720 (500) 96 (1000)

220278 500 47 777 892 906 221074 177 284 81 681
754 222043 (500) 330 344 (500) 70 407 (500) 673 (600) 727
(1000) 826 988 223003 204 20 79 (1000) 92 444 48
691 702 50 224108 67 61 628 68 228019 110 66 301 348
240011 (500) 769 940 228244 606 (1000) 764 227180
3443 (1000) 61 373 483 641 46 786 80

Aus Groß-Berlin.

Straßenbahnfrage und Verband Groß-Berlin.

Die Pläne auf Erwerb der Großen Berliner Straßenbahn sind geplatzt. Der Verband Groß-Berlin steht in seiner großen Mehrheit heute auf dem Standpunkt, daß ein solcher Erwerb durch den Verband abzulehnen sei, weil damit eine erhebliche Tarifierhöhung drohe.

Zur Groß-Berliner Straßenbahnfrage.

Die Stadtverordnetenversammlung in Neukölln nahm, wie wir gestern schon kurz berichteten, am Donnerstag Stellung zur Straßenbahnangelegenheit. Im Namen der Verkehrsdeputation führte Stadtv. Justizrat Abraham aus: Nach dem Gesetz vom 1. April 1912 gehört zu den Aufgaben des Zweckverbandes die Regelung des Verkehrswezens Groß-Berlins.

Stadtdr. Silberstein (Soz.): Im großen und ganzen kann man mit dem Vorredner einverstanden sein. Der Antrag ist aber in einem Hauptpunkte nicht ganz klar. Deshalb muß betont werden, daß er eine Kundgebung gegen den Kauf und gegen jede Tarifierhöhung sein soll.

Oberbürgermeister Kaiser erklärte, daß der Magistrat erst nach der Versammlung Stellung nehmen wolle. — Der durch einen sozialdemokratischen Antrag inzwischen klarer gefasste Beschluß der Verkehrsdeputation fand darauf in folgender Fassung einstimmige Annahme: Die Stadtverordnetenversammlung steht auf dem Standpunkt, daß 1. von einem Erwerb des Straßenbahnunternehmens gänzlich abzusehen und 2. auch jede Art einer ge-

planten Tarifierhöhung abzulehnen ist. Die Stadtverordnetenversammlung hält es für richtig, daß die Weiterbehandlung der Angelegenheit durch eine Kommission des Zweckverbandes erfolgt.

Tabak- oder Lebensmittelanbau?

Wie berichtet wird, ist in Deutschland der Anbau von Tabak gegen das vorige Jahr um ein Drittel der bisherigen Anbaufläche gestiegen; der Anbau hat sich von 1915 auf 12705 Hektar vermehrt. Beteiligt sind an dieser Zunahme der Anbaufläche alle Produktionsgebiete für inländischen Tabak (Waden, Bayern, Brandenburg, Pommern).

Eine Liste des Profits.

Für die Klagen über das Mißverhältnis zwischen den städtischen Preisen und den an die Landwirte gezahlten für Gemüse liegt eine amtliche Anerkennung vor: die königlich sächsische Regierung hat für Mören, Wöhren und Karotten Höchstpreise sowohl für den Erzeuger wie für den Groß- und den Kleinhandel festgesetzt; eine lehrreiche Liste!

Die Liste beweist jedenfalls klar, daß die Städte für Wintergemüse den Landwirten nur 1/3 oder gar 1/5 dessen zahlen, was die Wäßen kosten. Vor allem bei Karotten ist das Verhältnis eine unerträgliche, übergroße Belastung des Verbrauchers.

Was der Bücherautomat erzählt.

Auf meinem Bahnsteig steht ein blauer Bücherautomat. Die angenehme Einrichtung des Halbstundenverkehrs erzielt zu übertriebener Pünktlichkeit, und da es auf diesem kommen Dingbahnsteig nicht einmal eine Zeitungsbude anhält, deren Wälder man begutten könnte, so mustere ich häufig den Bücherautomaten.

Sonntagsruhe und Beschäftigungszeit im Dezember.

Das Polizeipräsidium teilt folgende Verordnung, betreffend Sonntagsruhe und Beschäftigungszeit an den drei letzten Sonntagen vor Weihnachten, an den Weihnachtstagen 1916 und am Sonntag, den 31. Dezember 1916 mit, gültig für die Stadtteile Berlin, Charlottenburg, Berlin-Schöneberg, Neukölln, Berlin-Wilmersdorf und Berlin-Lichtenberg, sowie für den Gemeindebezirk Berlin-Stralau.

lange und während folgender Stunden zugelassen: Im Milchhandel: von 5 bis 10 Uhr vormittags und 12 bis 2 Uhr nachmittags. Im Handel mit Konditoreiwaren, Konfitüren, mit Fleisch und Wurst, sowie mit Vorloswaren und Rohreis von 5 bis 10 Uhr vormittags.

Am ersten Weihnachtstferietage ist ferner gestattet: die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern: Am Blumenhandel, nach den bestehenden Vorschriften von 9 bis 10 Uhr vormittags und von 12 bis 2 Uhr nachmittags.

Am zweiten Weihnachtstferietage finden die allgemeinen Vorschriften über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe Anwendung, wie sie an den gewöhnlichen Sonntagen gelten.

Frauenarbeit, Arbeitsnachweis und Krankenkassen.

Der Arbeitsmarkt in Groß-Berlin zeigte in den letzten Wochen einen besonders starken Zustrom weiblicher Arbeitskräfte. Im allgemeinen zeigte für männliches Personal die Lage nur unwesentliche Veränderungen, und die Nachfrage nach Arbeitskräften blieb auf der Höhe der letzten Wochen im Oktober.

Die Gesamtzahl der versicherungspflichtigen Mitglieder von 235 Krankenkassen Groß-Berlins erhöhte sich Anfang dieses Monats um 1533 oder 0,13 Proz. auf 1164043 und zwar nur durch Frauen. Bei den 28 allgemeinen Ortskrankenkassen ergab sich eine Abnahme von 1000 Mitgliedern, meist Frauen, dagegen bei den 204 gewerblich gegliederten Krankenkassen ein Zuwachs von 2448.

Jugendsparkasse der Stadt Berlin.

In der Einrichtung der aus Anlaß des Sparpflicht-Erlaßes für die Jugendlichen geschaffenen Jugendsparkasse der Stadt Berlin sind wesentliche Änderungen eingetreten. Die sämtlichen Jugendsparkassen der Stadt sind jetzt in dem Sparkassengebäude Linienstraße 7/8 vereinigt.

Schüler für die Volksschule.

Für die Volkszählung vom 1. Dezember ist eine besonders rege Beteiligung der Beamten als freiwillige Zähler unentbehrlich. Der Unterrichtsminister hat deshalb die königlichen Regierungen erucht, auf eine solche Beteiligung hinzuwirken und die Beamten nötigenfalls zu beurlauben.

Auch ein „Opfer“ der Berliner Verkehrsverhältnisse.

Ein bemerkliches Klagestück stimmte gestern ein Gastwirt vor dem Berliner Gewerbegericht an, der seinen Prozeß endgültig verlor, weil er zum zweiten Male den Termin verpaßte. Das erste Mal kam er eine Viertelstunde zu spät und biokaln traf er gänzlich außer Atem 20 Minuten nach der festgesetzten Zeit ein.

Zur Butterversorgung.

Das Ausschneiden des Kreises (jezt Fettsäure) hat zur Folge, daß diejenigen Kreisbewohner, z. B. in Weismeer, Rantow und anderen Vororten, die bisher Butter und Margarine aus Geschäften

In solchen Orten bezogen haben, die weiter dem Verbands der Zeitungs-Groß-Verleger angehören, ihren Vorrat nicht mehr in Groß-Verleger-Geschäften decken können. Die vom Kreise Niederbarnim ausgegebenen Speisefettkarten haben in den Gemeinden, die zur Zeitstelle gehören, künftig keine Gültigkeit. Das gleiche gilt umgekehrt auch für diejenigen Einwohner Groß-Berlins, die bisher in Gemeinden des Kreises Niederbarnim Butter und Margarine gekauft haben. Es ist daher erforderlich, daß alle diejenigen Personen, die von dieser Bezirksänderung betroffen werden, sich in dem bisherigen Geschäft abmelden und in ein anderes Geschäft in dem für ihren Wohnort zuständigen Kommunalverband ummelden. Selbstverständlich müssen sie außerdem die Neuankündigung in der Zeit vom 15. bis 19. November gleich in dem Kommunalverband vornehmen, der für sie jetzt zuständig ist. Die Neuankündigung in der Zeit vom 15. bis 19. November hat jedoch erst für den Butterbezug vom 11. Dezember 1916 ab Wirksamkeit, weswegen außerdem für die Zeit bis zum 10. Dezember noch die vorerwähnte Anmeldung erforderlich ist.

Vorliegendes gilt auch für diejenigen Bewohner des Kreises Teltow, die in solchen Gemeinden des Kreises wohnen, die zur Zeitstelle Groß-Berlin nicht mehr gehören.

Kleinhandelspreise für frische Seefische bester Qualität für Sonnabend, den 18. November 1916.

Schellfische, Klein (bis 1/2 Pfund) 1,80 M., mittel (von 1/2 bis 1 Pfund) 1,90 M., groß (von 1 1/2 bis 2 Pfund) 2,00 M., große (von 2 1/2 bis 3 Pfund) 2,10 M.; Kabeljau, Klein (bis 1 1/2 Pfund) 1,60 M., mittel (von 1 1/2 bis 2 Pfund) 1,70 M., große (von 2 bis 3 Pfund) 1,80 M., ohne Kopf (im Durchschnitt) 2,40 M.; Schollen, kleine (bis zu 1/2 Pfund) 1,25 M. (Zusatz etwas reichlicher.)

Reisebrotmarken.

Es kommen noch vielfach Fremde nach Berlin, die nicht im Besitz von Reichsbrotmarken sind. Diesen Reisenden entstehen erhebliche Unannehmlichkeiten; denn nach den Anordnungen der Zentralbehörde muß jeder, der auf Reisen geht, sich von seiner Heimatbehörde für die Dauer seiner Reise mit Reichsbrotmarken versehen lassen. Es sei nochmals auf diese für Reisende sehr wichtige Bestimmung hingewiesen, sowie darauf, daß Personen, die sich von ihrer Heimatbehörde nicht mit Reichsbrotmarken versehen haben, Gefahr laufen, an ihrem derzeitigen Aufenthaltsort kein Brot zu erhalten.

Höchstpreise für Mohrrüben.

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst bringt nochmals allgemein in Erinnerung, daß seit der Verordnung vom 26. Oktober 1916 der Erzeuger-Höchstpreis für Rüben aller Art, also auch für rote Mörrüben 4 M. beträgt. Ein Hinweis hierauf ist deshalb notwendig, weil sowohl im Groß- wie auch im Kleinhandel für rote Mörrüben jetzt noch vielfach ein verhältnismäßig hoher Preis gezahlt wird.

Abfah ausländischer Zwiebeln.

Die Verordnung über Höchstpreise von Zwiebeln gibt den Landeszentralbehörden die Möglichkeit, mit Zustimmung des Präsidenten des Kriegsernährungsamts Ausnahmen für ausländische Zwiebeln zuzulassen. Den Landesregierungen ist durch das Kriegsernährungsamt ein Erlaß dahingehend zugegangen, die Ausnahmebestimmung so zu fassen, daß diejenigen ausländischen Zwiebeln, die durch die Reichsstelle für Gemüse und Obst oder ihre Beauftragten in den Verkehr gebracht werden, vom Höchstpreise frei sein sollen. Inwieweit die Landespolizeibehörden diesem Erlaß folgen, wird die Reichsstelle für die von ihr oder mit ihrer Genehmigung bereits eingeführten Zwiebeln, auf Antrag Kommunalverbände ermächtigt, diese Zwiebeln, unter näher mit ihr zu vereinbarenden Bedingungen, weiter abzusetzen. Bei Festsetzung dieser Bedingungen wird es sich insbesondere darum handeln, daß ein dem ausländischen Markt angemessener Preis eingehalten und seitens der Kommunalverbände die Garantie übernommen wird, daß eine Verwechslung und Vermischung mit inländischer Ware ausgeschlossen bleibt.

Preise für Kohl und Äpfel.

Die von der Preisprüfstelle als angemessen bezeichneten Preise sind für die nächste Woche folgende für je ein Pfund: Wirsingkohl 17-20 Pf., Weißkohl 8-10 Pf., Rotkohl 20-23 Pf., Kohlrüben 6-8 Pf., Grünkohl 13-15 Pf., Tafeläpfel 35-65 Pf. Bei Tafeläpfeln ist besonders feine ausgesuchte Ware, Auslese, nicht inbegriffen.

Stipendium an die Jugend in Industrie und Handel.

Aus der Stiftung der Berliner Gewerbe-Ausstellung im Jahre 1879 sollen wie alljährlich auch im Monat März 1917 an die der Industrie und dem Gewerbe sich widmende Jugend zu ihrer weiteren Ausbildung Stipendien verteilt werden. Ein Stipendium kann nur solchen Personen gewährt werden, die in Berlin geboren und ortsbahngeliegt sind oder mindestens die letzten 4-5 Jahre ununterbrochen hier gewohnt haben. Die Besuche um ein Stipendium sind schriftlich unter Vorlegung eines selbst geschriebenen Lebenslaufes, der Schulzeugnisse und sonstigen Zeugnisse des Lehr- bzw. Vorkursus dem Kuratorium der Stiftung der Berliner Gewerbe-Ausstellung, Spandauer Str. 32, II, Zimmer 3, in der Zeit von jetzt bis 15. Januar 1917 einzureichen. Später eingehende Besuche oder solche, bei denen eines der vorstehend bezeichneten Beweismittel mangelhaft ist oder ganz fehlt, können nicht berücksichtigt werden.

Keine Brotsendungen an deutsche Gefangene in Frankreich. Bereits im Sommer ist amtlich darauf hingewiesen worden, daß auf Grund eines zwischen der deutschen und der französischen Regierung getroffenen Abkommens Sendungen mit Brot, Zwieback und Biskuit an deutsche Kriegs- oder Zivilgefangene in Frankreich nicht mehr zulässig sind. Trotzdem ist bekannt geworden, daß immer noch zahlreiche Pakete mit derartigen Backwaren über die Grenze gehen und dort von den Franzosen beschlagnahmt werden. Die Angehörigen werden daher nochmals vor der Abendung solcher Pakete gewarnt. Die Gefangenen können auf die ihnen zugebührte Gabe umso eher verzichten, als sie auf Grund jenes Abkommens täglich 600 Gramm Brot erhalten.

Die Tauglicher Geschichtsbücher haben jetzt auch in Berlin eine Verbindung zur Folge gehabt. Hier betreibt ein Kaufmann Theodor Moser jetzt in der Großen Frankfurter Straße eine Grüdwurstfabrik in großem Maßstabe. Die Ermittlungen ergaben, daß auch Moser zu den Abnehmern des Kaufmanns und Generalagenten Rasch gehörte, über dessen Verhaftung schon berichtet wurde. Moser hat nachweislich Hunderte von Zentnern Wurst bezogen und mit 100-120 M. den Zentner bezahlt, während nach den bestehenden Bestimmungen der normale Preis 28 M. betrug. Eine Durchsuchung förderte noch 250 Zentner Wurst zutage. Sie wurde beschlagnahmt. Moser betrieb den Handel mit Grüdwurst, die er selbst herstellte, im großen. Trotz des hohen Preises, den er für die Rohwaren zahlte, kam er immer noch auf seine Kosten, weil ja die Grüdwurst vom Publikum zu jedem Preise gekauft wird.

Aufgehobener Handelsverbot. Das unterm 3. Juli gegen den Kaufmann Emil Raag, Alexanderstr. 54, jetzt Wehlauer Str. 3, erlassene Verbot des Handels mit Leder jeder Art, insbesondere auch mit Lederbälgen, hat der Polizeipräsident aufgehoben.

Ein räuberischer Heberfall. Ein kriegsbeschädigter Arbeiter, der gegenwärtig in einer Munitionsfabrik beschäftigt ist, hatte auf der Rückkehr von der Arbeitsstelle gegen 12 Uhr nachts eine Gastwirtschaft an der Gussau-Abolf-Strasse aufgesucht. Es gefallten sich zwei ihm unbekannte Männer hinzu und die drei machten eine größere Rache. Bei der Bezahlung haben die beiden, daß der

Arbeiter zwei Hundertmarkscheine in der Brieftasche hatte. Auf der Straße begannen sie einen Streit, schlugen ihn nieder und raubten ihm aus der Brieftasche 115 M. Die Räuber wurden auf Grund der von dem Bestohlenen gegebenen Beschreibung festgenommen.

Das Opfer eines Automobilunfalls wurde der Bäckermeister Paul Herda aus der Grunewaldstraße 75 in Schöneberg. Als er den Fahrweg in der Grunewaldstraße überqueren wollte, wurde er von einem Droschkenauto erfasst und zu Boden geschleudert. Schwer verletzt wurde er in die Infirmerie an der Potsdamer Straße eingeliefert, wo der Arzt einen Schädelbruch feststellte. Auf dem Transport zum Krankenhaus starb der Verunglückte.

Ein nichtwärtiger Lufdenreich ist kürzlich in Pantow verli worden. In der Nacht sind dort unbekannte Täter in den Straßenbahnstation eingedrungen, haben einen Triebwagen in Betrieb gesetzt und fuhren in der Richtung nach Buchholz davon. Unterwegs schalteten sie höchste Stromkraft ein, sprangen vom Wagen ab und ließen diesen dohvansaufen. Der Wagen durchraute die Endstraße und sprang an der Endstation aus den Schienen. Dabei stieß er gegen einen hölzernen Stab, der zertrümmert und in Brand gesetzt wurde. Der Wagen selbst ist vollständig verbrannt. Bisher ist es leider nicht gelungen, die Urheber dieses Unfalls, das leicht schweres Unglück hätte anrichten können, zu ermitteln.

Einjam gestorben. Acht Tage tot in ihrer Wohnung gelegen hat die 64 Jahre alte Altmosenpflanzlerin Witwe Auguste Redlich aus der Birkenstr. 28. Die Frau war längere Zeit nicht zum Vorschein gekommen. Als der Hauswirt sich jetzt nach ihr umsah, fand er sie tot im Bette liegend. Nach dem Zustande der Leiche ist sie schon vor acht Tagen gestorben, wahrscheinlich an Herzschlag.

Ein Zusammenstoß zwischen zwei Straßenbahnwagen, einem der südlichen Bahn und einem der Großen Berliner, ereignete sich an der Ecke der Grenz- und Gerichtstraße. Durch Glasplitter wurden sieben Personen verletzt. Sie konnten alle in ihre Wohnungen entlassen werden, nachdem sie verbunden worden waren.

Buchung und Totenfest. Das Oberkommando in den Marken teilt mit, daß die für Sonntags erteilte Genehmigung zur Herausgabe von Mittagzeitungen und von Extrablättern für den Dukttag und das Totenfest auch in diesem Jahre keine Geltung hat. Das Heilboten von Zeitungen ist nur in offenen Verkaufsläden von 12 Uhr mittags bis 2 Uhr nachmittags gestattet. Jede weitere Beschäftigung im Zeitungsgewerbe hat an beiden Tagen bis Mitternacht zu unterbleiben.

Anmeldungen zur Ausbildung beim „Roten Kreuz“ können bis zum 21. November an die Genossenschaft freiwilliger Krankenpfleger, Charlottenburg, Königin-Liisabeth-Strasse 42, gerichtet werden. Militärpflichtige, die als Kriegsverwendungsfähig gemustert oder bereits einberufen sind, werden nicht aufgenommen.

Schachspieler. Wie aus dem heutigen Inserat zu ersehen, veranstaltet der Arbeiter-Schachklub am Duktage in der „Neuen Wilhelmsharmonie“, Köpenicker Str. 96/97, nachmittags 3 Uhr, einen „Matten-Beitkampf“. Hierzu sind alle Schachspieler, auch Feldgänger, freundlich eingeladen. Eintritt und Teilnahme frei. — Außerdem jeden Sonntagvormittag von 9-12 für jedermann freier Schachverehr: Stralauer Brücke 3 (Nähe Jannowitzbrücke).

Aus den Gemeinden.

Charlottenburg. Eine besondere Brotkommission für Militär-ur Lauber hat der Magistrat im Hause Aligower Straße 15 eingerichtet. Von jetzt ab erhalten die Charlottenburger Kleiber ihre Lebensmittelarten nur in dieser Brotkommission, die werktäglich von 10 bis 11 Uhr und 4 bis 8 Uhr, Sonntags von 10 bis 12 Uhr geöffnet ist.

Schöneberg. Die Waffenspeisung nimmt hier einen immer größeren Umfang an. In den beiden Mittelstands- und den fünf Volksläden werden täglich 7000 Personen gespeist. Obwohl die Speisung bis auf 13 000 Personen ausgedehnt werden kann und erhebliche Meiden zur Verfügung stehen, besteht jetzt bereits die Absicht, erneut Maßnahmen zu treffen, die eine tägliche Speisung bis zu 25 000 Personen gestatten. Um dies zu ermöglichen, sollen an größeren Plätzen geeignete Baracken aufgestellt werden, die später, wenn die ausgedehnte Speisung nicht mehr erforderlich ist,

entfernt oder anderen Zwecken dienstbar gemacht werden können. Als besonders geeignete Plätze sind in Aussicht genommen: der Winterfeldplatz, der Teil hinter der Kirche, der Markplatz in der Ebersstraße gegenüber der Volksbadeanstalt, der Leuthenplatz und für den Friedenauer Ortsteil ein Bauplatz im Zuge der Wielandstraße.

In dem Vertrage zwischen der Stadt und dem Volkshilfsverein war vereinbart, daß die Stadt dem Verein einen offenen Betriebsfonds zur Beschaffung von Vorräten in Höhe von 150 000 M. überläßt. Dieser Betrag wird auf 400 000 M. erhöht. Ferner wurden zur Deckung der Einrichtungskosten und an sonstigen Zuschüssen 130 000 M. bewilligt; diese Summe wird auf 400 000 M. festgesetzt.

Der Bau der Baracken wird derartig beschleunigt, daß zum Frühjahr der Betrieb eröffnet werden kann. Die Organisation, die Beschaffung der Ressel, die inneren Einrichtungen und die Verlegung der Nahrungsmittel sind dem Volkshilfsverein überlassen. In den fünf Monaten, in denen die Stadt die Aufsicht und der Verein den Betrieb hat, sind insgesamt 645 827 Portionen ausgeteilt worden.

Neuwahl. Vor Eintritt in die Tagesordnung der jüngsten Stadtverordneten-Sitzung wurden die aus dem Felde zurückgekehrten sozialdemokratischen Stadtverordneten Reinisch und Köhl in ihre Ämter eingeführt und vom Vorsteher mit warmen Worten begrüßt. Darauf fand die Wahl von sechs unbefestigten Stadträten statt. Die Herren Hübschmann, Margroff, Kroschke, Schmidt, Büchse wurden wieder- und Genosse Bughy neu gewählt. Letzterer erhielt 81 Stimmen; 19 Stimmabgaben wurden ihm abgegeben. Ohne Debatte stimmte die Versammlung einem Antrage des Magistrats zu, wonach die diesjährigen Ergänzungswahlen zur Stadtverordneten-Versammlung gemäß der königlichen Verordnung vom 4. November 1916 um ein Jahr mit der Wirkung verschoben werden, daß die Stadtverordneten, für die eine Ergänzungswahl nötig gewesen wäre, ein Jahr mehr und bis an ihre Stelle tretenden ein Jahr weniger in Tätigkeit bleiben. Von der sozialdemokratischen Fraktion traten unter diesen Beschluß die Stadtverordneten Kischer, Schuch, Heymeisel, Fleischer aus der II. Abteilung und Tsurrow, Groger, Zeitmann, Voeste, Jden, Wptomski, Jarek, Wolenske aus der III. Abteilung, deren Mandate mit Ende dieses Jahres abgelaufen wären. Neben kleineren Vorschlägen fand noch die Aufnahme einer Anleihe von fünf Millionen Mark für die städtische Anstalt für zweite Hypotheken die Zustimmung der Versammlung. Hauptgegenstand der Beratung war die Straßenbahnangelegenheit, aber die wir an anderer Stelle berichten.

Neuwahl. Nachdem jetzt wieder größere Mengen Riese- oder Pfahlmücheln auf den Markt gekommen sind, sei erneut auf dieses billige Nahrungsmittel hingewiesen. Es findet im großen Ganzen noch viel zu wenig Beachtung. Die Mücheln sind reich an Eiweißgehalt, dazu im Preise außerordentlich billig und bieten einen empfehlenswerten Fleischersatz. Die Zubereitung ist einfach, worüber näheres bei den Verkäufern zu erfahren ist. Die Stadt Reulitz hat einen größeren Posten Mücheln erhalten und sich weitere Zufuhren durch Abkühlung gesichert. Der Verkauf findet täglich in der städtischen Fischhalle, Bergstr. 21, statt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet im Abonnenten-Haus Nr. 3, IV, Hofstr. 10, parierte, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 9 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Kartenzug ist ein Bescheid und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementszahlung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Billige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

N. 15. Für die Zeit, in der Sie zum Steuerdienst eingesetzt waren, haben Sie keine Steuern zu zahlen. Die Steuern können nur vom November an von Ihnen erhoben werden. — Zeiter 7. I. 3a, diese Gelder werden zu Unterhaltungsmaßnahmen für bedürftige Familien der Mannschaften, besondere Aufstellungen für die Mannschaften usw. verwendet. 2. und 3. Nr. 4. und 5. Eine solche Verfügung wird bestehen, Sie ist aber nicht öffentlich bekannt, sondern nur den Militärbehörden. — N. 7. 6910. Zur Herausgabe der Geschenke sind Sie beiderseits nicht verpflichtet.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag. Kalt, aberwiegend bewölkt mit geringen, nur im Süden etwas härteren Niederschlägen, überal Nachfröht.

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Norden Bei Einkäufen empfohlen.	Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Osten Bei Einkäufen empfohlen.
Drogen, Farben Beckendorf, N. 10, N. 10, N. 10, N. 10	Butter, Eier, Käse P. H. Ackermann, 8 Filialen
Fleisch- u. Wurstw. Gutschmanns Centr., N. 152	Mohlhändler Königsberger, N. 10, N. 10
Herrn-, Dam-, Knaben- u. Mädchen-Garder. H. Hoffmann, N. 10, N. 10	Photograph. Ateliers Hayns, Frankfurt, Allee 22, Reg. Ringhbn., Frank. Allee
Kolonialwaren M. Saagebarth, N. 10, N. 10	Warenhäuser H. Schow, u. Besondereitäten, N. 10, N. 10
Mohlhändler C. E. Fink, Panikstr. 92.	Zahn-Atelier Wohlhoff N. 10, N. 10
Möbelmagazine Wiese & Co., Tischlermeister	

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Lindenstr. 3

Es lebe der Frieden!

Von Ph. Scheidemann, M. d. R.
Preis 75 Pf. Vereinsausgabe 40 Pf.

Aus dem Inhalt: Unsere Friedensarbeit im Reiche — Internationale Friedensarbeit — Ist der Krieg ein anderer geworden? — Unsere Friedensinterpellation — Das Verhalten der feindlichen Regierungen: Russlands, Englands, Frankreichs und Belgiens — Wie also steht es in Wirklichkeit? — Aussprechen, was ist! — Und am Schluß gibt der Verfasser klare Richtlinien: Wann dem Kriege ein Ende gemacht wird und wie wir zu einem dauerhaften Frieden gelangen.

Kuntzes billiger Verkauf von Schuhwaren

Restbeständen u. Einzelpaaren.

Es bietet sich für die geehrte Einwohnerschaft von Berlin O Gelegenheit, Schuhwaren günstig einzukaufen.

Damen-Schnürschuhe schwarz und braun	10 ⁹⁰	
Damen-Schnürstiefel	15 ⁹⁰	
Burschen- u. Backfischstiefel Größe 38/40		
moderne für Knaben	15.90	
Form für Mädchen	14.90	
Knaben- und Mädchenstiefel schwarz und braun	10.90 10.45	
Damen-Lederhausechuhe mit Spange, Ledersohle und Fleck	5.45	
Kinderstiefel bis Größe 22.	2.95	
Imit. Kamelhaarschuhe mit Linoleumschle	2.95	
Imitierte Kamelhaar-Schnallenstiefel mit Lederspitze		
31-35	27-30	23-25
3.95	3.45	2.95

Schuhwaren in allen Ausführungen, die sich hier nicht alle einzeln aufzählen lassen.

Alles wird nach

Schuhhaus Kuntze Nachf.

nur Große Frankfurter Straße 88, Ecke Marsiliusstraße fahren.

Um jedem zu ermöglichen, zu kommen, vergüte ich jedem Käufer 20 Pf. Fahrgeid.

Sonntags von 12-2 Uhr geöffnet!

Wo? ist der schönste Ausflugsort?

Zimmer noch Pichelswerder, an der neuen beim Alten Freund. Geertrave